

## Offene Fragen der Geschichte Band 8

### Chronik von 1952 bis 1986

Wiedergutmachungsleistungen,  
Volksaufstand im Juni 1953,  
Deutsches Wirtschaftswunder,  
Europäische Wirtschaftsgemeinschaft,  
Bau der Berliner Mauer,  
Internationale Kubakrise,  
Vietnamkrieg 1965-1975,  
68er Bewegung,  
Ratifizierung der Ostverträge,  
Unbewältigte Vergangenheit ...

### Band 8/027

### Chronik vom 13. Januar 1980 bis zum 11. Dezember 1981

#### 1980

<p>In Luftschlösser läßt sich leicht Zuflucht suchen. Und leichter zu bauen sind sie auch. <i>Henrik Ibsen (1828-1906, norwegischer Dichter)</i></p>
--

#### 13.01.1980

**BRD:** Am 13. Januar 1980 schließen sich die bisher nur lokal und regional organisierten "Grünen" und die "Grüne Aktion Zukunft" während ihres Gründungsparteitages in Karlsruhe zur Bundespartei "Die Grünen" zusammen.

Die neue Bundespartei "Die Grünen" wird zunächst von Petra Kelly (1947-1992), August Haußleiter (1905-1989) und Norbert Mann geführt. Zu den wesentlichen politischen Grundsätzen dieser sog. Umweltpartei zählen damals: "Ökologie, Basisdemokratie, Sozial-Sozialismus."



*Abb. 85 (x101/115): Baldur Springmann (links) und Rudolf Bahro bei der Gründungsversammlung der Grünen im Januar 1980 in Bonn.*

Nach den ersten Wahlerfolgen der "Grünen", die vor allem die wachsende Umweltzerstörung bekämpfen wollen, schließen sich sofort zahlreiche gescheiterte, aber kampferprobte linksradikale Akteure (Spontis und Marxisten) der 68er Bewegung (Josef Fischer, Jürgen Trittin, Daniel Cohn-Bendit, Thomas Ebermann, Hubert Kleinert, Rezzo Schlauch, Hans-Christian Ströbele, Otto Schily und viele andere Linksradikale) dieser sanften Umweltpartei der selbsternannten Weltverbesserer an und verdrängen anschließend relativ schnell und problemlos die kampfunerfahrenen, naiven Parteigründer sowie die Parteiführung der "Grünen" aus allen wichtigen Führungspositionen der Partei.

Die als "Grüne" getarnte linksradikale Bewegung setzte danach in den folgenden Jahrzehnten konsequent die sozialistische Leitideologie der "Frankfurter Schule" um. Im Verlauf der systematischen Umerziehung bzw. Gehirnwäsche wurden vor allem die traditionellen deutschen Werte und Tugenden (Anstand, Fleiß, Ehrlichkeit, Großzügigkeit, Ordnung, Pünktlichkeit, Toleranz etc.) der bundesdeutschen "Gesellschaft" allmählich auf den Kopf gestellt, verhöhnt, lächerlich gemacht und letzten Endes zerstört. Die Vor- und Kriegsgeneration der Deutschen wurden pauschal als NS-Verbrecher eingestuft und ihre gigantische Wiederaufbauarbeit blendeten die "Grünen" kurzerhand aus.

Die Tageszeitung "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtet später (am 11. März 2013) über die Forderung der Grünen nach einer Entkriminalisierung der Pädophilie: >>Pädophilie: Distanzierungstango in der Pädofrage

*Von Professor Dr. Franz Walter und Dr. Stephan Klecha*

Daniel Cohn-Bendit war nicht der einzige Grüne, der Sex mit Kindern phantastisch fand. Die Forderung nach einer Entkriminalisierung von Pädophilie fand 1980 sogar Eingang in das Grundsatzprogramm der neuen Partei. Pädophilen-Aktivisten setzten aber nicht nur auf die Grünen, sondern auch auf die FDP. Mit Erfolg.

Wenn ein kleines Mädchen von fünf oder fünfeneinhalb Jahren beginnt, Sie auszuziehen. Dann

ist das fantastisch. Das ist fantastisch, weil es ein Spiel ist, ein absolut erotisch-manisches Spiel." Mit diesem Satz in einer französischen Talkshow hatte Daniel Cohn-Bendit im Jahr 1982 sein Publikum provozieren wollen, um sich in das von ihm so geschätzte Licht des Tabubrechers zu setzen. Ganz gelang ihm das nicht.

Keiner der anderen Gäste in der Sendung reagierte erkennbar entrüstet, niemand wollte den pausbäckigen Lümmel in die Schranken weisen. Auch in der Presse las man hernach keine kritischen Kommentare. Ganz ähnlich hatte die Öffentlichkeit sieben Jahre zuvor auf die einschlägigen, mittlerweile berühmt-berüchtigt gewordenen Passagen in Cohn-Bendits "Le Grand Bazar" reagiert - gar nicht.

Warum auch? Unter Intellektuellen in Frankreich fielen Forderungen nach straflosem Sex mit Kindern und Heranwachsenden auf fruchtbaren Boden. Es war eine "andere Zeit", wie "Le Monde" Jahre später etwas verschämt schrieb. Auch diese reputierliche Zeitung übte in den siebziger Jahren reichlich Nachsicht gegenüber den Kreisen pädophiler Jünger, während die linksrepublikanische "Libération" dem Sex mit Kindern gar eine "echt soziale Mission" attestierte, wie die Historikerin Anne-Claude Ambroise-Rendu rückblickend festhielt.

Als im Januar 1977 drei Männer wegen Sexualdelikten gegen 13 und 14 Jahre alte Kinder auf ihren Prozeß warteten, solidarisierten sich mit ihnen etliche Intellektuelle, darunter Jean-Paul Sartre, Simone de Beauvoir, Louis Aragon, Catherine Millet, André Glucksmann, Jack Lang sowie Sarkozys späterer Außenminister Bernard Kouchner.

Das war seinerzeit eben "die Epoche", so pflegt auch Cohn-Bendit seine damaligen Äußerungen zu exkulpieren: "Die sexuelle Debatte wußte nichts vom sexuellen Mißbrauch." Der sexuelle Befreiungsimpetus segelte in den Jahren nach 1968 im Windschatten der Enttäuschung über die ausgebliebene politische Revolution. Also setzten die Propheten der Fundamentalveränderung auf die Selbstreform, auf Pädagogik, auf die Emanzipation der Individuen von den Zwängen einer überkommenen, klerikal und bigott durchsäuerten Klassengesellschaft. Das war der Jargon jener Zeit.

Wie immer in Momenten tiefer politischer Enttäuschungen richteten sich die Hoffnungen auf die noch nicht korrumpierte Gesinnung der Jugend, jetzt gar: der Kinder. Die pädophile Zuwendung avancierte zum Ferment einer Umwälzung des Alltags, des Zusammenlebens, der befreienden Liebe. So war es in Frankreich. So erlebte man es, ganz besonders, in den Niederlanden. Und so entwickelte sich auch ein Teil der deutschen "Neuen Linken".

"Darum weg mit dem Scheißsystem, auf zur sexuellen Revolution! Fang heute damit an. Die stillen Revolutionen sind oft die wirkungsvolleren." So lautete der Schlachtruf eines der führenden Polit-Pädophilen, Olaf Stüben, in der linksalternativen "taz" vom 16. November 1979. Schon im Januar 1977 war während eines Teach-in in der Universität Frankfurt vor Hunderten Zuhörern offen für Sex zwischen Erwachsenen und Kindern plädiert worden. Einige aus dieser Szene sollten bald ihren Marsch durch die Institutionen antreten - in der neuen Partei "Die Grünen", aber nicht nur darin.

Viel war zuletzt über pädophilenfreundliche Beschlüsse der nordrhein-westfälischen Grünen aus dem Jahr 1985 zu lesen. Doch die Forderung nach einer strafrechtlichen Freistellung von Pädophilie findet sich schon im ersten Grundsatzprogramm der Grünen aus dem Jahr 1980, eingebettet in den Abschnitt "Gegen die Diskriminierung von sexuellen Außenseitern".

Eine im Dezember 1979 verabschiedete "Gemeinsame Plattform der Schwulen und Lesben in der alternativen Wahlbewegung" war die Grundlage, auf der die Delegierten der Saarbrücker Bundesversammlung der Grünen im Frühjahr 1980 berieten. Heraus kam ein Beschluß, der nichts anderes verlangte als die Legalisierung von Pädophilie: Im Strafgesetzbuch (StGB) sollten die Paragraphen 174 und 176 so gefaßt werden, "daß nur Anwendung oder Androhung von Gewalt oder Mißbrauch eines Abhängigkeitsverhältnisses bei sexuellen Handlungen unter Strafe zu stellen sind".

Was war damit gemeint? Beide Paragraphen stellten (und stellen) auf das Vorliegen einer sexuellen Handlung an Kindern beziehungsweise an Jugendlichen ab, unabhängig davon, ob Gewalt im Spiel ist. Sexuelle Handlungen an Kindern unter 14 Jahren insgesamt und an denjenigen Jugendlichen unter 16 Jahren, die dem Täter zur Erziehung, Ausbildung oder Betreuung anvertraut worden sind, standen ausnahmslos unter Strafe.

Bei Bewertung der Strafbarkeit kam es wegen der strukturellen Abhängigkeit und Unterlegenheit des Kindes beziehungsweise des Jugendlichen somit nicht auf die Einwilligung des Schutzbefohlenen an. Die Abhängigkeit an sich begründete die Schutzbedürftigkeit. Nur im Fall von Erziehungs-, Ausbildungs-, Dienst-, Betreuungs- oder Arbeitsverhältnissen von Jugendlichen über 16 Jahren bedurfte es nach dem Willen des Gesetzgebers auch des Mißbrauchs der Abhängigkeit.

Den Grünen war diese besondere Schutzbedürftigkeit einerlei. Sie wollten angeblich einvernehmlichem Geschlechtsverkehr etwa von Betreuern, Lehrern oder Erziehern mit ihren schutzbefohlenen Minderjährigen oder von Erwachsenen mit Kindern kaum noch Grenzen setzen. Nur die Anwendung von Gewalt hätte bestraft werden sollen, während all jene Formen nicht länger unter das Strafrecht fallen sollten, in denen das Opfer "gewaltfrei" gefügig gemacht worden wäre.

Die im Strafgesetzbuch gezogenen Altersgrenzen stellen nämlich eine "absolute Grenze für den sexualbezogenen Umgang strafmündiger Personen mit Kindern" dar, wie es in einem Strafrechtskommentar heißt. Genau diese absolute Grenze wollten die Grünen zu Fall bringen und pädophile Handlungen gutheißen.

Der Beschluß der Saarbrücker Bundesversammlung des Jahres 1980 war vorab scheinbar unstrittig. Es gab weder Änderungsanträge noch Minderheitenvoten aus der Programmkommission. Erst während der Versammlung stand die Forderung nochmals zur Debatte. Der schleswig-holsteinische Biobauer Baldur Springmann verlangte, die bereits beschlossenen Positionen zur Freigabe des Schwangerschaftsabbruchs und zur Pädophilie wieder aus dem Programm zu streichen.

Hinter den Kulissen begannen daraufhin Verhandlungen, die einen Kompromiß ermöglicht hätten, wonach die strafrechtliche Freigabe von Abtreibungen im Programm Bestand hat, die Forderung nach Aufhebung der die Pädophilie betreffenden Paragraphen 174 und 176 StGB gestrichen werden sollte.

Als der heutige Hamburger Theatermacher Cornelius "Corny" Littmann davon erfuhr, machten er und andere Repräsentanten der Schwulenbewegung "sehr schnell und energisch deutlich, ... daß für uns eine nachträgliche Streichung der Forderung nach Revision der §§ 174 und 176 auf keinen Fall in Frage kommt". So stellte es Littmann jedenfalls seinerzeit im Organ des Kommunistischen Bundes (KB) "Arbeiterkampf" dar.

Zusammen mit dem Rechtsanwalt Otto Schily, dem Vorsitzenden des Bundesverbands Bürgerinitiativen Umweltschutz Roland Vogt und anderen verfaßte Littmann eine Resolution, welche die Beschlußfassung im Grundsatzprogramm einrahmen sollte:

"Zu diesem Beschluß konnte leider auf dem Parteitag nicht gemeinsam diskutiert werden. Auch an der Parteibasis ist diese Frage bisher teilweise nicht oder nur wenig diskutiert worden. Dies ist weder im Sinne der Betroffenen noch der Antragsteller, noch der Partei insgesamt. Deshalb meinen wir, daß Abs. 521 folgendermaßen zu verstehen ist:

Er ist ein Auftrag an die Partei in allen Gliederungen, sich mit den Auswirkungen dieser Straftatbestände intensiv auseinanderzusetzen. Durch diesen Auftrag ist das Ergebnis dieser Diskussion natürlich nicht festgelegt. Es wird eine Kommission gebildet, die Hilfestellung bei der Diskussion gibt. Gerade im Hinblick auf die berechtigten Sorgen und Ängste, die sich mit diesem Themenbereich verbinden, halten wir es für notwendig, daß auf einem der nächsten Parteitage unter Beteiligung von Betroffenen und Fachleuten dieses Thema ausführlich behandelt

wird."

Die Grünen signalisierten dadurch Offenheit, setzten den Beschluß als solchen aber in Kraft. Er blieb es bis zur Fusion mit Bündnis 90 im Jahr 1993.

In der Schwulenbewegung der siebziger Jahre galten die Vertreter pädophiler Positionen als Sonderlinge. Doch das Selbstbild der Homosexuellen als verfolgter Minderheit brachte es mit sich, daß man sich gegenüber Minderheiten in den eigenen Reihen eher tolerant zeigte. Pädophile hielten zudem zögernden Mitstreitern vor, daß diese jene Argumentation reproduzierten, mit der man einst auch Homosexuelle stigmatisiert hatte.

Die Allianz zwischen den Schwuleninitiativen und den Pädophilenvereinigungen, die sich in den siebziger Jahren gebildet hatten, kulminierte auf einer Veranstaltung, die im Sommer des Jahres 1980 unter dem Titel "Homosexuelle zur Bundestagswahl - Parteien auf dem Prüfstand - Schwulen und Lesben befragen die Parteien" in der Bonner Beethovenhalle stattfand.

Über Monate hatten die unterschiedlichen Gruppen erbittert über Sinn, Inhalt und Form gerungen. Strittig war nicht nur die Beteiligung von Pädophilengruppen, sondern auch die Frage, ob auch Vertreter der "etablierten" Parteien eingeladen werden sollten. Vor allem antikapitalistische Gruppen waren mit dem Argument dagegen, das diesen eine Bühne für die Vereinnahtung oppositioneller Kräfte geboten werden könnte.

Die "realpolitischen" Fraktionen der Schwulen- und Pädophilenbewegung setzten sich zunächst durch. Denn ihre Hoffnungen richteten sich im damaligen Dreiparteiensystem besonders auf die FDP.

Von der CSU, der Partei des damaligen Unionskanzlerkandidaten Franz Josef Strauß, wurden die Freien Demokraten damals mit dem Vorwurf überzogen: "Für Kommunisten, Homosexuelle und Gewaltverbrecher - das wahre Gesicht der FDP". Immerhin gehörte Eberhard Zastra, ein exponiertes Mitglied der FDP-Jugendorganisation "Deutsche Jungdemokraten" und in seinem Todesjahr 2012 in der Piratenpartei aktiv, zu den rührigsten Organisatoren des Treffens.

Die Veranstaltung, zu der gut tausend Personen anreisten, verlief kurz und denkbar turbulent. Die berüchtigte Nürnberger Kinderkommune und die Berliner Oranienkommune schmetterten lautstark Parolen für eine gemeinsame Sexualität zwischen Erwachsenen und Kindern, lärmten mit Trillerpfeifen und warfen Stinkbomben, ehe sie das Saalmikrofon usurpierten. In der Historiographie der Schwulen- und Pädophilenbewegung gilt das Bonner Beethoven-Spektakel seither als "Desaster" und als "traumatische Erfahrung".

Jedenfalls urteilte so der Realo-Flügel, die sogenannten "Kontis" (kontinuierlich Arbeitende), die über die Institutionen des Parlamentarismus Einfluß zugunsten ihrer Forderungen zu nehmen versuchten. Gut drei Dutzend Personen zogen sich an diesem 12. Juli 1980 mit den anwesenden Vertretern von CDU, SPD, Grünen und FDP auf der Flucht vor den aggressiven Stadtindianern in einen Nebenraum zurück und setzten die Diskussion in kleinem Kreis fort. Erwartungsgemäß sahen Christ- und Sozialdemokraten keinen Grund, das Sexualstrafrecht zugunsten von Pädophilen zu ändern.

Auch Corny Littmann, der für die Grünen sprach, mußte ein wenig kleinlaut zugeben, daß in seiner Partei noch Diskussionsbedarf bestehe und man ohne Versprechungen in den Wahlkampf ziehen werde. Die Grünen waren also, wie es in den Berichten von Teilnehmern aus der Schwulen- und Pädophilenszene hieß, hinter "dem Stand" der "epochemachenden FDP-Erklärung" geblieben, die sich für die ersatzlose Streichung des damaligen Paragraphen 175 StGB (Verbot sexueller Handlungen zwischen Personen männlichen Geschlechts) einsetzte und deren damaliger Generalsekretär Günter Verheugen persönlich auch eine Revision der Paragraphen 174 und 176 für möglich hielt.

Auf die FDP setzten damals auch die Aktivisten der "Deutschen Studien- und Arbeitsgemeinschaft Pädophilie" (DSAP), eines Zusammenschlusses jener Kader, die sich nach dem Vorbild

niederländischer Avantgardisten wie des sozialdemokratischen Abgeordneten Edward Brongersma als politische Speerspitze der Pädosexualität verstanden. Nicht zufällig war die DSAP auf der Bundesdelegiertenkonferenz der Jungdemokraten im März 1980 geladen.

Freudig hielt man anschließend fest, daß die Delegierten dort ebenfalls eine Streichung der Paragraphen 174 und 176 gefordert hätten. Ein Beschluß der FDP selbst wurde daraus nie. Kausal keineswegs zwingend, aber doch interessant ist, daß Dagmar Döring, damals Studentin an der FU Berlin und eine der wenigen Frauen in dem Führungsgremium der DSAP, viele Jahre später ihre politische Heimat in der FDP fand. In diesem Jahr bewarb sie sich für die FDP um das Direktmandat des Wahlkreises Wiesbaden für den Deutschen Bundestag. Am Samstag vor der Veröffentlichung dieses Beitrags trat die vormalige Sprecherin des hessischen Justizministers Hahn von ihrer Kandidatur zurück.

Ein weitgefaßtes Liberalismusverständnis und eine besondere Akzeptanz von Minderheiten fanden sich in den frühen achtziger Jahren also nicht allein unter den Grünen. Doch auf deren Parteitag sprach man sich in Resolutionen dafür aus, Strafvorschriften zu Fall zu bringen, die "Zärtlichkeiten zwischen Jüngeren und Älteren kriminalisierten".

Konkrete Forderungen, Pädophilie aus dem Sexualstrafrecht auszunehmen, fanden sich in den Landtagswahlprogrammen von Rheinland-Pfalz, Bremen, Hamburg oder Berlin, jedoch nicht in den Bundestagswahlprogrammen. Freilich wurde im Blick auf die Bundestagswahl 1980 "jede gesellschaftliche Benachteiligung oder strafrechtliche Sonderbehandlung aufgrund des Sexualverhaltens" abgelehnt. In Verbindung mit dem Grundsatzprogramm sowie den begleitenden Resolutionen stimmte die strikte Ablehnung von Sonderstrafrechtsregelungen im Wahlprogramm durchaus mit den Interessen der Pädophilieaktivisten überein.

Bald nach der Bundestagswahl 1980 erlahmte die Debatte über die Reform des Sexualstrafrechts. Der im Grundsatzprogramm reklamierte Diskurs blieb aus, im Wahlauf Ruf zur Bundestagswahl 1983 spielt das Thema sexuelle Orientierung keine Rolle mehr.

Angesichts der apokalyptischen Grundierung des Programms, das die thermonukleare Vernichtung der Menschheit sowie die ökologischen Herausforderungen in düstersten Farben malte, betonten die Grünen immerhin noch ihre Verbundenheit mit Initiativen, die sich "gegen sexuelle Unterdrückung" einsetzten, und jenen, die "gegen die Diskriminierung abweichender Minderheiten" engagiert seien. Vieles blieb darin vage und ließ einen weiten Interpretationsspielraum zu.

Nach dem Einzug in den Bundestag im Herbst 1983 entstanden im Umfeld der Fraktion Bundesarbeitsgemeinschaften, die die Anbindung an Bewegungen und Parteibasis sicherstellen sollten. Eine dieser Arbeitsgemeinschaften hieß "Schwule, Päderasten und Transsexuelle", kurz SchwuP. In dieser agierten in führender Funktion selbst einschlägig vorbestrafte Sexualstraftäter wie Dieter F. Ullmann, auch er ein Vorstandmitglied der DSAP.

Neben SchwuP und ihren Auslegern in einzelnen Ländern entpuppten sich auch einige Arbeitsgemeinschaften für Kinder- und Jugendpolitik als Einfallstor für pädophile Positionen. Nachdem die Stadtindianer-Kommune aus Nürnberg 1980 vehement für ihre Forderungen geworben hatte, zu denen neben der Abschaffung der Schulpflicht eben auch eine Streichung der genannten Strafrechtsparagraphen gehörte, verzichteten die Grünen in ihrem Grundsatzprogramm auf einen Abschnitt über Kinder- und Jugendpolitik.

Diese Leerstelle wurde ebenso wenig zeitnah geschlossen, wie die zum Sexualstrafrecht geplante Debatte stattfand. Auf Druck der Stadtindianer sah sich die Bundespartei 1983 immerhin veranlaßt, einen Kongreß zu veranstalten und im Bundestagswahlkampf ein Faltblatt "Zur Kinder- und Jugendfrage" herauszubringen. Auch darin wurde von "verbreiteter Sexualfeindlichkeit" gesprochen, die es Kindern verweigere, "Sexualität zu praktizieren".

Man konstatierte, ganz im Sinn der Beschlüsse aus den Vorjahren, daß "Gesetze in diesem Bereich ... nicht dem Schutz der Kinder (dienen), sondern der Unterdrückung und Diskrimi-

nierung der Sexualität". Mit diesen Formulierungen im Rücken war es für die Pädophilieaktivisten jener Zeit problemlos möglich, bei den Grünen ein Forum zu finden, in dem sie für eine Freigabe von Pädophilie werben konnten und zumindest als Minderheit akzeptiert wurden.

Eine Sinnesänderung setzte erst ein, als die Beschlüsse des nordrhein-westfälischen Landesverbands vor der Landtagswahl 1985 erkennen ließen, welche fatale Wirkung die Offenheit zugunsten aller möglichen Minderheiten besitzen konnte und wie sehr der "Kindersex-Skandal" die Grünen von der Mehrheitsgesellschaft isolierte.

Diese Debatten, Veränderungen in der schwulenpolitischen Agenda, auf der Aids eine wachsende Rolle spielte, und eine Auseinandersetzung in der Bundestagsfraktion über die Reform des Sexualstrafrechts wirkten nun nach. Während die Bundestagsfraktion den später abgeschafften Paragraphen 175 StGB kritisierte, weil dieser durch eine Differenzierung zwischen homo- und heterosexuellen Handlungen mit Jugendlichen über 14 Jahren Homosexuelle benachteiligte, bedrängten die SchwuP-Aktivisten die Fraktion ohne Erfolg, das gesamte Sexualstrafrecht in Frage zu stellen.

Im Zuge dieser Entwicklungen gingen Nachsicht und Toleranz gegenüber pädophilen Bestrebungen zurück. Der 1985 in den Bundestag nachgerückte Herbert Rusche, der als erster Bundestagsabgeordneter seine Homosexualität öffentlich machte, sagte gegenüber einer Schwulenzeitschrift, daß die pädophilen Forderungen der AG SchwuP keine Basis in der Mitgliedschaft der Grünen hätten. Auch mahnte er: "Vielleicht wäre es gut für manchen Schwulen oder Päderasten, sich das anzuhören, welche Schwierigkeiten die Frauen damit haben. So ganz lassen sich die Vorwürfe auch nicht von der Hand weisen."

In der Tat hatten sich bis zu diesem Zeitpunkt bei den Grünen, auch unter deren homosexuellen Aktivisten, die Positionen durchgesetzt, die die Feministin Alice Schwarzer und der politisch weit links stehende Sexualwissenschaftler Günter Amendt schon 1980 in der Zeitschrift "Emma" eingenommen hatten.

Beide kritisierten - nicht zuletzt auch gegen einige der in der Szene gerne bemühten Fachleute aus der Sexualwissenschaft und Sozialpädagogik, die mit einer Fülle von vermeintlich wissenschaftlichen Expertisen dem Sexualverkehr zwischen Erwachsenen und Kindern höhere Weihen verleihen wollten - die pädophile Ignoranz der Machtunterschiede zwischen Erwachsenen und Kindern.

Schwarzer und Amendt bestritten überdies, daß es bei der Pädophilie primär um Kinderbedürfnisse gehe, sondern wiesen auf die zwanghaften Fixierungen von Erwachsenen auf Minderjährige hin. In der Folge verloren die Pädophiliezirkel im alternativen Milieu kontinuierlich an Unterstützung. Auch die linkspolitische Schwulenzbewegung gab ihre ursprüngliche Solidarität mit den anderen Opfern in den "Kriminalisierungsunternehmen der staatlichen Repression" auf.

Auch die bei den Grünen zahlreich vertretenen Schwulen legten zunehmend Wert darauf, nicht mit Pädophilie in Verbindung gebracht zu werden. Schon 1984 äußerte der baden-württembergische Landesarbeitskreis Schwule "starken Widerwillen" gegen eine strafrechtliche Freigabe von Pädophilie. Aus dem Südwesten wurden schließlich Vorschläge unterbreitet, die Schwulenzpolitik bei den Grünen anders zu organisieren, was 1987 auch geschah.

Die Grünen trennten sich von der AG SchwuP und riefen eine neue "Bundesarbeitsgemeinschaft Schwulenzpolitik" ins Leben. Der Pädophilievorkämpfer Ullmann erkannte die Niederlage seiner Gruppe und warf der Alternativ- und Ökobilanzbewegung wütend "15 Jahre Distanzierungstango" in der "Pädofrage" vor - was ein wenig übertrieben schien, aber das politische Scheitern dieser Richtung auch und gerade innerhalb der Grünen Partei treffend beschrieb.

Auch im Programm zur Bundestagswahl des Jahres 1987 gingen die Grünen vorsichtig auf Distanz zur Pädophilie, wohingegen man weiterhin der Aufhebung von Diskriminierungs- und Unterdrückungsmechanismen verpflichtet bleibe und - als impliziter Hinweis auf die damalige

Aids-Debatte - keinesfalls wolle, daß "Minderheiten zu Sündenböcken gestempelt" würden. Die Grünen strebten daher eine Reform des Sexualstrafrechts an, "die die sexuelle Selbstbestimmung fördert, statt sie zu verhindern". Der so verengte Fokus zeigte an, daß man nicht mehr auf alle Randgruppen Bezug nehmen wollte, die sich irgendwie bei den Grünen hätten verorten können. Eine weitere Liberalisierung des Sexualstrafrechts, zu wessen Gunsten auch immer, erschien jedoch nicht gänzlich ausgeschlossen.

Das las sich im Bundestagswahlprogramm 1990 deutlich anders. Wie schon im vorherigen Programm galt die sexuelle Orientierung als ein Element der Diskriminierung, das seine Wirkung auch auf die Hauptwidersprüche der Gesellschaft habe: "Weder die Verteilung der Arbeit noch die Bündelung von Verantwortlichkeiten oder Reichtum dürfen auf der Grundlage von Geschlecht, privatem Status oder sexueller Orientierung zustande kommen." Die rechtliche und faktische Gleichstellung Homosexueller mit Heterosexuellen wurde als eine Ausdrucksform der gewünschten multikulturellen Gesellschaft angesehen, weswegen die Abschaffung des Paragraphen 175 StGB unerläßlich sei.

Ansonsten wurde hinsichtlich des Sexualstrafrechts aber ein anderer Akzent gesetzt. Die Grünen rückten die Paragraphen 177 bis 179 StGB in den Fokus, um Vergewaltigung in der Ehe unter Strafe zu stellen oder Frauen und Kinder besser gegen (sexuell) gewalttätige Männer zu schützen. Im Kern ging es also - abgesehen von der Streichung des Paragraphen 175 - nicht um eine Liberalisierung, sondern um eine Verschärfung des Sexualstrafrechts.

Zugleich wurde ein öffentlicher Diskurs über "Pornographie und Sexualität" verlangt. In diesem Zusammenhang kam auch die Existenz "von sexuellen Phantasien, Bedürfnissen und Praktiken, die Unterdrückung, Erniedrigung und Gewalt beinhalten", zur Sprache. Diese wurde aber zurückgewiesen, sofern es sich um einen Ausdruck "sexuell geformter Männergewalt" handele.

Bemerkenswert war zudem, daß das Verbot von pornographischem Material, welches Gewalttätigkeiten oder den sexuellen Mißbrauch von Kindern zeigt (Paragraph 183 III StGB), ausdrücklich gutgeheißen und allein die schwache Durchsetzung in Bezug auf die Darstellung von Folter weiblicher Personen bemängelt wurde.

Zehn Jahre nach dem ersten Grundsatzprogramm hatte sich die Sichtweise der feministischen Strömungen bei den Grünen in Diktion und Wahl der Schwerpunkte so niedergeschlagen, daß keinerlei Unterstützung von Pädophilie mehr zum Ausdruck gebracht werden konnte. Schon im Frühjahr 1989 hatte sich der Bundeshauptausschuß der Grünen offiziell auch von solchen Positionen distanziert. Diese Linie findet sich seither - wenn auch nicht ganz so scharf feministisch geprägt - in allen Wahlprogrammen von Bündnis 90/Die Grünen wieder.

1998 bekannten sich die Grünen dazu, ein Umfeld schaffen zu wollen, in dem Kinder "keine Angst vor sexualisierter Gewalt und Mißbrauch durch Vertrauenspersonen haben müssen". Durch die Forderung, bei "rückfallgefährdeten schweren Gewalt- und SexualverbrecherInnen" auch künftig auf die Sicherungsverwahrung zurückzugreifen, stellte sich die Partei sogar diametral gegen eine Forderung aus dem Wahlprogramm von 1980, das solche Sonderformen des Strafrechts ausdrücklich abgelehnt hatte.

Vielmehr erkannten die Grünen das zwischenzeitlich erheblich veränderte Sexualstrafrecht in Bezug auf die dort getroffenen Altersgrenzen vollständig an. Mit der Wendung aus dem 2002 verabschiedeten Grundsatzprogramm, wonach "sexualisierte Gewalt ... eine der offensivsten Verletzungen der Menschenwürde" darstelle, haben Bündnis 90/Die Grünen schließlich mit ihrer Vergangenheit unwiderruflich gebrochen.

Professor Dr. Franz Walter leitet das Göttinger Institut für Demokratieforschung. Dr. Stephan Klecha ist dort wissenschaftlicher Mitarbeiter. Eine Arbeitsgruppe des Instituts erforscht seit zwei Monaten auf Bitte von Bündnis 90/Die Grünen "Umfang, Kontext und Auswirkungen pädophiler Forderungen in den Milieus der Neuen Sozialen Bewegung sowie der Grünen".<<



**21.01.1980**

**BRD:** Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (4/1980) berichtet am 21. Januar 1980 über das Buch "Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle" des nordamerikanischen Völkerrechtlers und Historikers Alfred M. de Zayas: >>>**Aggression mit Grausamkeit beantwortet**

### **Dokumente über Kriegsverbrechen an Deutschen im Zweiten Weltkrieg**

Eine Dienststelle des Oberkommandos der Wehrmacht untersuchte gewissenhaft Meldungen über Kriegsverbrechen an deutschen Soldaten und Zivilisten. Was nun ein amerikanischer Historiker bei der Auswertung der Originalakten fand, belegt Völkerrechtsverletzungen und "Grausamkeit im Einzelfall" durch die Alliierten.

Leutnant Heinze, Abteilung I c beim Armeeoberkommando 6, erstattete am 1. Juli 1941 um 16 Uhr Feindlagemeldung: "In Skomorochy wurden bestialisch verstümmelte Leichen eines deutschen Majors, eines Oberleutnants, eines Oberfeldwebels und anderer Soldaten gefunden."

Unteroffizier Eduard Sandner gab am 30. Juli 1944 zu Protokoll: "Ich habe am 27. Juli 1944 um 8.20 Uhr folgenden russischen Funkspruch, der im Klartext gesandt war und Teil eines Gesprächs zwischen zwei russischen Offizieren bildete, aufgenommen: "Ich habe einen Gefangenen, der dem I. R. 68 der 23. I. D. angehört." Die Antwort der vorgesetzten Dienststelle lautete: "Machen Sie mir keine Meldungen über Gefangene. Sie sind alle zu erschießen."

Sanitätsoberfeldwebel Reimann, am 31. Januar 1944 bei Isola Bella im Anzio-Brückenkopf von den Amerikanern gefangenengenommen, schrieb seine Beschwerde im Kriegsgefangenenlazarett 131 in Nordafrika: " ... stand dort ein amerikanischer Soldat, der mich durch Handbewegungen anwies, mich an die Wand zu stellen; es waren etwa 5 m Abstand. Als ich dieses ausgeführt hatte, fiel auch schon ein Schuß aus dessen im Hüftanschlag befindlichen Gewehr und traf mich im rechten Oberschenkel. Ich fiel um und war besinnungslos."

Meldungen solcher Art kamen von allen Fronten der deutschen Wehrmacht. Manche, grausam, handelten von ausgestochenen Augen und abgeschnittenen Nasen, andere, profan, von Diebstahl durch Feindeshand.

Rapport des Bürgermeisters im holländischen Axel Mitte Mai 1940: "Entwendet durch unbekannte Täter: ein Kölner Topf mit 8 Pfund Butter ... eine Schüssel mit 4 Pfund Schweineschmalz."

Empfänger all der Anzeigen, teils beweisbar richtig, teils in der ersten Aufregung oder nach nur flüchtigem Augenschein nicht ganz oder ganz und gar nicht zutreffend abgesetzt, war eine Dienststelle beim Oberkommando der Wehrmacht (OKW), die "Wehrmacht-Untersuchungsstelle für Verletzungen des Völkerrechts" (WUSt). Einmal traf von der Ostfront dort sogar ein Glas mit zwei abgehackten Fingern ein. Doch "wegen des Fehlens von Vitalzeichen", hieß es in einer Aktennotiz, konnte nicht mehr geklärt werden, ob sie "bei Lebzeiten oder nach dem Tode abgetrennt wurden".

Die OKW-Dienststelle war gleich nach Kriegsbeginn im September 1939 gebildet worden. Sie sollte "die von den gegnerischen Militär- und Zivilpersonen gegen deutsche Wehrmachtangehörige begangenen Verstöße gegen das Völkerrecht feststellen und zugleich die vom Ausland gegen die deutsche Wehrmacht in dieser Hinsicht erhobenen Anschuldigungen aufklären".

226 Aktenbände der bisher weithin unbekannt gebliebenen Behörde hat der amerikanische Historiker und Völkerrechtler Alfred Maurice de Zayas im Freiburger Bundesarchiv ausgegraben und nach dreijähriger wissenschaftlicher Prüfung zusammen mit dem holländischen Völkerrechtler Walter Rabin in einem Buch beschrieben, das jetzt erschienen ist.

"Die traurige Forschung" betrieb Harvard-Absolvent de Zayas, 32, der mit einer Dissertation über "Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen" in Göttingen promoviert hat, als wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Völkerrecht der Universität Göttingen

mit zunächst heftigem Mißtrauen in die Glaubwürdigkeit der großdeutschen Papiere.

Um nicht noch im nachhinein nationalsozialistischer Propaganda aufzusitzen, prüfte de Zayas "die innere Folgerichtigkeit der Akten" und verglich die darin geschilderten Vorgänge mit einschlägigen Materialien in Bonner, Londoner, amerikanischen und schweizerischen Archiven. Er machte Hunderte von Zeugen ausfindig, darunter rund 150 ehemalige Heeres-, Marine- und Luftwaffenrichter, die er nach dem Zustandekommen der Dokumente befragte.

Manche reagierten gereizt: "Ich verstehe nicht, welcher Grund dafür bestehen könnte, daß solche Dokumente der Verifizierung bedürfen. Halten Sie die Kriegsrichter für potentielle Dokumentenfälscher?"

Manche bestätigten mit der Bitte, den "vollen Namen nicht zu veröffentlichen", schlicht, daß alles seine Richtigkeit habe. Andere wiederum hielten es für wenig sinnvoll, "nach so langer Zeit Dinge anzurühren, die Haß wieder aufkommen lassen können". Ein Richter gab knapp telephonisch Bescheid: "Ihre Unterlagen habe ich ins Feuer geschmissen."

Am Ende stand für de Zayas fest, "daß die Wehrmacht-Untersuchungsstelle eine gewissenhafte justizkonforme Dokumentation betrieben hat", dies erklärbar womöglich schon dadurch, daß der Behördenleiter Johannes Goldsche und sein Vorgesetzter Rudolf Lehmann, Chef der Wehrmachtrechtsabteilung, "alte Richter waren, die ... der NSDAP nicht angehörten und dem Gedankengut des Nationalismus fernstanden".

Andererseits bestätigten die Dokumente die "Tatsache", daß Streitkräfte der Versuchung unterliegen, sich über völkerrechtliche Schranken hinwegzusetzen und die Regeln der Menschlichkeit zu mißachten, wenn erst einmal der Krieg entfesselt ist. So etwas "passierte häufiger, als ich dachte", sah Autor de Zayas ein, und es passierte an allen Fronten, auf beiden Seiten und nicht erst im letzten Weltkrieg.

Eine "Militär-Untersuchungsstelle für Verletzungen des Kriegsrechts" hatte im preußischen Kriegsministerium deshalb schon während des Ersten Weltkriegs "schwarze Listen" über Völkerrechtswidrigkeiten geführt, in denen etwa ein britischer Oberstleutnant Bryant notiert war: "Er behandelte im August und September 14 die Deutschen in Togo schlecht."

Stellvertretender Leiter der preußischen Behörde war derselbe Berliner Rechtsanwalt und Notar Goldsche, der 25 Jahre später als Oberkriegsgerichtsrat der Reserve die Geschäfte der OKW-Dienststelle übernahm.

Unbestechlich wie ein königlichpreußisches Amtsgericht verfuhr das Amt offenbar auch mit den Tatarenmeldungen, die ihm aus allen Himmelsrichtungen von den Kriegsschauplätzen zuzingen. Der amerikanische Autor lobt jedenfalls, "wie penibel" da gearbeitet worden sei, "mit welcher Vorsicht man protokolliert hat".

Gelegentlich wurde der Dienststelle zwar Material anderer Behörden - Amt Auslandsabwehr, Wehrmachtsführungsstab, Auswärtiges Amt - überstellt. In der Regel aber recherchierte es die Fälle selbst. Richter wurden beauftragt, die Tatorte aufzusuchen und Zeugen einzuvernehmen, sogar Gerichtsmediziner in Marsch gesetzt, um beispielsweise feststellen zu lassen, ob Verstümmelungen im Gefecht entstanden oder Verwundeten und Gefallenen etwa absichtlich -- oder auch gar nicht -- zugefügt worden waren.

Beweise gab es für beides. Mal mußte die eidliche Aussage eines Oberarztes zu den Akten genommen werden: "Ich kam gegen Mittag zu der Stelle, wo wir die Verwundeten zurückgelassen hatten. Alle 6 waren von den Russen ermordet worden. Dem ersten, der einen Armschuß gehabt hatte, waren beide Augen ausgestochen worden ... und es unterliegt keinem Zweifel, daß die Augen mit einem spitzen Gegenstand völlig herausgeschält worden sind."

Mal, nach einem Partisanenangriff in Jugoslawien, ergab "der sehr klare truppenärztliche Leichenschaubericht ... einwandfrei, daß die vermeintlichen Verstümmelungen nicht bestanden haben ... Der unversehrte Zustand der Geschlechtsteile ist lichtbildlich belegt".

Mitunter wurden Meldungen der Truppe über Verstöße gegen das Kriegsrecht nach ausgiebi-

gen Ermittlungen als unbegründet zurückgewiesen und aus dem Material, das für Weißbücher und Protestnoten der Reichsregierung gesammelt wurde, ausgesondert.

So wurde dem Oberkommando der Kriegsmarine mitgeteilt, "daß der Angriff von USA-Bombern auf das in Gotenhafen liegende Lazarettsschiff "Stuttgart" am 9. September 1943 in die hier übersandte Aufstellung nicht aufgenommen worden ist, weil die "Stuttgart" ... nach der Seeseite zu mit Sackleinen getarnt war und infolgedessen den Schutz des Haager Abkommens ... nicht genossen hat".

Fallschirmjäger, die sich beschwert hatten, sie seien beim Absprung über Kreta beschossen worden, "obwohl sie wehrlos" waren, mußten sich belehren lassen, daß es sich um "normale Kampfhandlungen" gehandelt habe und auch sie bereits aus der Luft geschossen hätten.

"Völkerrechtsverletzungen der britischen Streitkräfte und der Zivilbevölkerung auf Kreta" (Titel eines deutschen Weißbuchs vom November 1942) waren gleichwohl nachweisbar, und dem Londoner Foreign Office, laut Aktenvermerk, "erschien eine Zahl von Fällen ziemlich begründet zu sein". Auch das amerikanische Kriegsministerium sah sich auf eine deutsche Protestnote hin, die Angriffe auf Lazarette in Italien im Herbst 1944 zum Inhalt hatte, "nicht in der Lage, die Richtigkeit der Behauptungen zu widerlegen".

Was de Zayas in den WUSt-Akten fand, belegt Völkerrechtsverletzungen alliierter Truppen, wie sie an allen Fronten Zivilisten und Soldaten trafen:

- In Polen starben Hunderte von Volksdeutschen, viele waren nach Zeugenaussagen "mit Brechstangen, Seitengewehren, Gewehrkolben und Knüppeln zusammengeschlagen" und "bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt" worden.

- In Frankreich exekutierten britische und französische Soldaten deutsche Landser, obschon sie sich ergeben hatten; Piloten wurden beim Absprung aus ihren getroffenen Maschinen in der Luft beschossen.

- Britische Kriegsmarine schoß nach der Versenkung deutscher Schiffe in der Ägäis auf schwimmende Flüchtlinge, an Leichen deutscher Soldaten auf Kreta stellten WUSt-Ermittler Verstümmelungen fest.

- In Rußland wurden deutsche Truppenangehörige erschossen, nachdem sie sich ergeben hatten, Lazarettsschwester wurden vergewaltigt und ermordet.

Der Richter bei der 333. Infanteriedivision Willi Knobloch, der durch Zeugen von russischen Greuelthaten in Grischino erfahren hatte, nahm den Tatort nach der Rückeroberung durch deutsche Truppen persönlich in Augenschein. "Ich habe z.B. in einem Haus liegende Frauen mit gespreizten Beinen gesehen. Nach den Uniformteilen waren es offenbar Rote-Kreuz-Schwester gewesen, denen man teilweise in einer geradezu viehischen Weise Brüste abzuschneiden versucht hatte."

Im richterlichen Abschlußbericht über Völkerrechtsverletzungen an volksdeutschen Zivilisten und Reservisten in der polnischen Provinz Posen heißt es:

"Ganze Familien sind ausgerottet worden, die Menschen sind nicht immer erschossen, sondern häufig mit allen möglichen Werkzeugen z.B. vor den Augen ihrer Angehörigen und anderer Personen, denen ebenfalls ihre Ermordung angekündigt war, erschlagen worden. Eine große Zahl der Leichen ist mit schweren Verstümmelungen aufgefunden worden ...

Bei Tarlowa in der Nähe von Kolo hat das polnische Militär auf eine große Anzahl Volksdeutscher geradezu eine Treibjagd mit Maschinengewehren veranstaltet. Man fand etwa 130 Tote, die nach den Zeugenaussagen wie die Hasen bei einer Treibjagd über ein Feld verstreut waren."

Auch in Frankreich wurden deutsche Soldaten, die längst aufgegeben hatten, exekutiert. In den WUSt-Denkschriften über "Tötungen und Verwundungen Wehrloser" belegt beispielsweise die Aussage des Schützen Wilhelm Ermlich die Erschießung von vier Landsern, "obwohl wir mit erhobenen Händen dastanden". Ermlich überlebte, weil er sich fallen ließ und

unter den Leichen seiner Kameraden mit einem Schuß in den Oberschenkel davonkam. In den WUSt-Akten über das Seegefecht vor der norwegischen Hafenstadt Narvik im April 1940 sind völkerrechtswidrige Angriffe durch Engländer auf Schiffbrüchige belegt. Der Maschinenobergefreite Heinz Backus vom deutschen Zerstörer "Erich Giese" will selbst gesehen haben, "wie ein Kamerad im Wasser von einem Schuß getroffen wurde und plötzlich den Kopf sinken ließ und nicht mehr weiterschwamm". Die Flüchtenden waren fassungslos, "da wir selbst drei Tage zuvor ... zwanzig treibende Engländer gerettet haben".

Unter Eid bezeugten Soldaten, wie Fallschirmjäger, die im Mai 1941 bei Castelli auf Kreta gelandet waren, verstümmelt wurden: "Ein Zivilist rollte den Feldweibel von mir herunter, nahm ein Dolchmesser und stach auf ihn ein. Ich habe mit eigenen Augen sehen müssen, wie er dem Feldweibel die Augen austach. Er stach erst einmal daneben, beim zweiten Mal traf er mitten hinein. Er drehte das Messer zwei bis dreimal in der Augenhöhle herum und zog es dann heraus. Mit dem anderen Auge machte er es genauso."

Rund 4.000 derartige "Fallkomplexe" sind in den 226 verfügbaren Aktenbänden der Wehrmacht-Untersuchungsstelle enthalten. Nur ein Band davon allerdings behandelt Rechtsverstöße deutscher Truppen und zusammenhängend auch nur einen einzigen solchen Fall -- die britische Anschuldigung nämlich, Soldaten der Wehrmacht hätten im April 1943 in Nordafrika drei wehrlose britische Kriegsgefangene erschossen. Nach einem halben Jahr teilte der Oberbefehlshaber Süd jedoch mit, der Vorfall lasse sich nun "nicht mehr aufklären".

"Einige tausend Berichte" betreffen die Tötung deutscher Kriegsgefangener, vor allem zurückgelassener Verwundeter an der Ostfront. Sie verdeutlichen "in aller Schärfe", schließt de Zayas, "mit welcher Grausamkeit die deutsche Aggression beantwortet wurde" -- beispielhaft dafür die Fälle Broniki und Feodosia.

Am 1. Juli 1941, der Krieg gegen Rußland hatte gerade acht Tage vorher begonnen, gerieten auf der Straße Klewan-Broniki in der Ukraine etwa 180 deutsche Soldaten meist unverwundet in sowjetische Gefangenschaft. Einen Tag später, auf dem weiteren Vormarsch, wurden 165 von ihnen erschossen aufgefunden.

Was geschehen war, schilderte ein Oberschütze, der fliehen konnte: "Die Russen nahmen uns alles, was wir besaßen, ab, Ringe, Uhren, Geldbeutel, die Abzeichen von der Uniform, schließlich zogen sie uns Rock und Hemd und Schuhe und Strümpfe aus. Sie fingen danach an, die einzelnen Gruppen mit Handgranaten und Gewehrfeuer zu vernichten."

Die Untersuchung des Falles Broniki und anderer ähnlicher Fälle gab bald Anlaß zu der Vermutung, daß die Erschießung deutscher Kriegsgefangener womöglich auf höheren Befehl erfolgte, zumindest war sie, belegt de Zayas anhand der Akten, "keine Einzelercheinung". So lautete etwa ein erbeuteter Operationsbericht des Stabs der 26. sowjetischen Division vom 13. Juli 1941: "Auf dem Schlachtfeld ließ der Gegner ungefähr 400 Tote zurück. Etwa 80 Mann hatten sich ergeben, die erschossen wurden."

Funkspruch von Rosa an Salut auf Welle 2.333 Kilohertz am 7. Juli 1943, 11.45 Uhr: "Gefangene haben wir keine. Alle wurden vernichtet."

Ein gefangener russischer Leutnant sagte dazu aus: "In der Behandlung wird scharf unterschieden zwischen denen, die sich ergeben, und denen, die erst nach dem Kampf in sowjetische Hände fallen. Erstere werden gut behandelt, letztere können ohne Befehl sofort erschossen werden."

Aber es gab wohl auch andere Regeln: "... haben wir drei Panzerschützen gefangengenommen, die aber erschossen wurden, da es an Zeit fehlte, sie mitzunehmen." Oder: "Beim dritten ist es nicht gelungen, Aussagen zu erhalten. Wir mußten ihn erschießen."

Ungeklärt blieb, ob es einen Stalin-Befehl gab, "daß keine deutschen Gefangenen mehr gemacht werden dürfen", wie ein russischer Kriegsgefangener im Dezember 1941 zu Protokoll gab, oder ob eine Stalin-Rede am 7. November jenes Jahres auf dem Roten Platz in Moskau

("Für die völlige Vernichtung der deutschen Eindringlinge. Tod den deutschen Okkupanten") lediglich so interpretiert wurde, als habe Stalin damit auch die Tötung von Kriegsgefangenen angeordnet. "Ein zweifelsfrei originaler Wortlaut" Stalins dazu liegt, so die Nachforschungen von de Zayas, nicht mehr vor.

Was immer Stalin gesagt oder gemeint haben mag -- kurz nach seiner Moskauer Rede Anfang Januar 1942 brachten in Feodosia Rotarmisten schwerverwundete Deutsche gleich scharenweise um.

Am 28. Dezember 1941 waren starke sowjetische Streitkräfte auf der Halbinsel Kertsch gelandet. Sie zwangen die deutschen Truppen zum Rückzug auch aus der Stadt Feodosia. Dabei mußten etwa 160 Schwerverwundete im Feldlazarett Feodosia zurückgelassen werden.

Als die Stadt am 18. Januar 1942 wiedererobert wurde, lebte von ihnen keiner mehr. Sie waren erschossen oder aus dem Fenster geworfen oder mit Wasser übergossen worden und erfroren. Viele waren, offenbar bei lebendigem Leib und bei 15 bis 20 Grad Kälte, ans Ufer in die Brandung des Schwarzen Meeres gelegt worden.

Die Ermittlungen der Wehrmacht-Untersuchungsstelle dauerten nahezu zwei Jahre und ließen keinen Zweifel am Hergang des Massakers, das jedenfalls nicht durch "eine Kette von bedauerlichen Irrtümern" (de Zayas) verursacht worden war wie, auf einem anderen Kriegsschauplatz, die Versenkung des deutschen Lazarettschiffs "Tübingen" durch zwei britische Bomber am 18. November 1944 bei Pola in der Adria.

Die "Tübingen", von den Engländern als Lazarettschiff anerkannt, war bei klarem und ruhigem Wetter von Bombern vom Typ "Boston 3" mit Raketenbomben und Bordwaffen angegriffen worden und sank binnen zwanzig Minuten. Es gab vier Tote und 16 Verwundete.

Das britische Luftwaffenhauptquartier im Mittelmeer telegraphierte nach London: "Der Zwischenfall war das Ergebnis einer merkwürdigen Mischung von Unglück und Dummheit", von, so das Original, "bad luck and stupidity".

Ob es sich mal um Kopflösigkeit, mal um Tücke handelte -- was immer die Wehrmacht-Untersuchungsstelle prüfte und de Zayas in deren Akten fand, erreichte, "bei aller Grausamkeit im Einzelfall", doch nirgends "die Ebene des organisierten Völkermords", wie Professor Dietrich Rauschnigg, Direktor des Göttinger Universitäts-Instituts für Völkerrecht, an dem de Zayas arbeitete, in einem Vorwort festhielt: "Ein Vergleich mit dieser Dimension verbietet sich."

Auch de Zayas will seine Veröffentlichung keineswegs als "Anrechnung gegen Holocaust" verstanden wissen und wendet sich vorsorglich gegen "Beifall von der falschen Seite". Aber: "Wenn das nun mal alles so stimmt, muß man auch darüber reden können."<<

### **18.02.1980**

**DDR:** Die "Frankfurter Rundschau" berichtet am 18. Februar 1980 über die Konsumgüterversorgung in der DDR (x073/271): >>... "Aushalten und Durchstehen": daran haben sich die Bürger ... in 30 Jahren DDR durchaus gewöhnt. Man weiß längst, daß die beste Qualitätsarbeit nie auf den heimischen Markt kommt.

Beliefert wird in der Regel in dieser Reihenfolge: Armee, NSW (nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet, also westliche Länder), Sowjetunion, SW (sozialistisches Wirtschaftsgebiet), DDR. Mit anderen Worten: die DDR-Betriebe liefern ihre beste Qualitätsware ... für den West-Export oder in die Sowjetunion, sieht man einmal von der Armee ab.<<

### **28.02.1980**

**BRD:** Die Tageszeitung "Die Welt" berichtet am 28. Februar 1980 über die Einstellungsverfügung der deutschen Staatsanwaltschaft gegen 7 namentlich bekannte polnische Gewaltverbrecher aus dem berüchtigten Zwangsarbeitslager Lamsdorf (x025/196): >>... Die für diese Entscheidung zuständige Bundesregierung hat davon abgesehen, an die Regierung der Volksrepublik Polen heranzutreten.<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil schreibt später über die "auf Versöhnung ausgerichtete Außenpolitik" der Bundesregierung (x025/200): >>... Wer einen Mord konsequent verfolgt und einen anderen konsequent vertuscht, bewirkt das genaue Gegenteil.

Gerade unter diesem Gesichtspunkt begründet die Verfolgung der NS-Auslandsstraftaten für die Bundesregierung nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, sich auch mit Verbrechen an den Menschen auseinanderzusetzen, deren Nutzen zu mehren und von denen Schaden zu wenden die Kabinettsmitglieder in ihrem Amtseid geschworen haben, vgl. Art. 64 und 56 des Grundgesetzes.

Beim Stichwort "Versöhnung" wird unterstellt, daß die Anklage gegen einen Mörder zugleich eine Anklage gegen ein ganzes Volk beinhaltet. Es ist ... übrigens der gleiche Fehlschluß, dem auch die rechtsradikalen Anti-Nestbeschmutzer erliegen. ...<<

**14.04.1980**

**BRD:** Das Nachrichtenmagazin "DER SPIEGEL" (16/1980) berichtet am 14. April 1980 über das Buch "Flucht und Vertreibung" der deutschen Publizisten Frank Grube und Gerhard Richter: >>**Nichts vergessen, nichts verzeihen**

**Vertreibung und Verfolgung der Deutschen aus dem Osten**

Über das Stoppelfeld rollen die Soldaten der Wehrmacht nach Polen hinein, und Bauern aus der Gegend, Volksdeutsche, sind mit ihren Frauen und Kindern gekommen, sie zu empfangen -- mit deutschem Gruß. Das Bild steht am Anfang, Herbst 1939.

Am Ende, hoffnungslos, zu Tod erschöpft, die Füße in der Gosse, sind Mutter und Kind an einem Berliner Straßenrand über ihrem Handwagen zusammengesunken, in dem sie ihr bißchen Fluchtgepäck aus dem Osten hergekartt haben, Mai 1945.

Es begann mit einer großdeutschen Ostpolitik "im Sinne der Erwerbung der notwendigen Scholle für unser deutsches Volk" und damit, im eroberten Ostland die "rassisch fremden Elemente abzukapseln oder sie überhaupt kurzerhand zu entfernen". Adolf Hitler: "Ob ich ganze Volksstämme beseitigen wolle? Jawohl, so ungefähr, darauf wird es hinauslaufen."

Zum Schluß wurde abgerechnet, da hatte "die Stunde der Vergeltung für die Qualen und Leiden, für die verbrannten Dörfer und zerstörten Städte, Kirchen und Schulen, für die Verhaftungen, Lager und Erschießungen, für Auschwitz, Majdanek, Treblinka, für die Ausrottung des Gettos" geschlagen, Manifest des nationalen polnischen Befreiungskomitees, Juli 1944.

Qual und Leid traf nun die anderen. "Zorn und Haß", so die sowjetische "Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges", "glühten in den Herzen der Soldaten, als sie die ehemaligen faschistischen Todeslager in Litauen, Ostpreußen und Polen betraten." Es waren Soldaten wie die des 252. Gardeschützenregiments, 158 darunter, deren Familienangehörige von den Deutschen gequält oder ermordet worden waren, 56, deren Familien nach Deutschland verschleppt, 162, deren Angehörige obdachlos gemacht, 293, die ihrer häuslichen Habe beraubt worden waren.

Das Pendel der Gewalt schlug zurück, als die hereinbrachen, "diese prachtvollen, tapferen Kerle, die doch nur der Wodka um den Verstand gebracht hat", wie der damalige Sowjetoffizier Lew Kopelew, heute Sacharow-Freund und Dissident, sie beschrieb, Kerls, die bloß "Uhr" sagen konnten und "Frau komm", die nur "Hoppla, eine Fritzin, eine Hündin" zu sehen brauchten, dann gab es gleich "aus der MP eine Garbe quer über den Rücken".

Alexander Solschenizyn, Hauptmann der Roten Armee, schrieb: "Alles schlicht nach der Parole: Nichts vergessen, nichts verzeihen, Blut für Blut. Und Zahn für Zahn. Wer noch Jungfrau, wird zum Weibe, und die Weiber -- Leichen bald."

Die Soldaten aber fragten: "Na, und die Fritzen, was haben die getan?"

Was getan und angetan und heimgezahlt wurde, wie eine gnadenlose Politik der Härte die Antwort durch Gnadenlosigkeit erhielt: Der Exodus der Deutschen aus dem Osten, vieler Flucht, mancher Rückkehr, aller Vertreibung, ist in Bild und Wort von zwei Hamburger Pu-

blizisten noch einmal aufgegriffen und durch Texte kompetenter Autoren wie Lew Kopelew ("Aufbewahren für alle Zeit"), Arno Surminski ("Kudenow oder an fremden Wassern weinen") und Alfred Maurice de Zayas, amerikanischer Völkerrechtler (SPIEGEL 4/1980), ergänzt worden.

Frank Grube, Jahrgang 46, und Gerhard Richter, Jahrgang 45, die beide Politikwissenschaft, Volkswirtschaft und Soziologie in Hamburg studierten und vergangenes Jahr bereits mit dem ... Buch "Die Schwarzmarktzeit" Zeitgeschichte einprägsam zu rekapitulieren verstanden, haben in ihrem neuen Buch, das im letzten Monat erschienen ist, auf alles peinliche Vertriebenenpathos verzichtet und die Folgen nicht von den Gründen getrennt, die Zeche, die Schlesier und Pommern, Brandenburger und Sudetendeutsche, Ost- und Westpreußen zahlen mußten, nicht von der Schuld, die auch in ihrem Namen aufgehäuft worden war.

Flucht und Vertreibung begannen nicht erst, als am 20. August 1944 östlich von Schillfelde ein russischer Spähtrupp über den Grenzfluß Scheschuppe ging und der Krieg Ostpreußen erreichte. Fünf Jahre zuvor, im Dezember 1939, waren binnen 17 Tagen als erste Rate 90.000 Polen aus dem ehemals und nun wieder deutschen Warthegau und Westpreußen nach Osten in das Generalgouvernement abtransportiert worden -- Hunderttausende mußten folgen, doch nicht alle kamen ans Ziel.

Denn lediglich "die primitiven Polen", so eine Anweisung von Reinhard Heydrich, Chef der Deutschen Sicherheitspolizei, waren "als Wanderarbeiter in den Arbeitsprozeß einzugliedern" und sollten "aus den deutschen Gauen allmählich in den fremdsprachigen Gau umgesiedelt", die Angehörigen der polnischen Führungsschicht dagegen "unschädlich gemacht" werden.

Laut Hitler war sogar "unbedingt zu beachten", daß es fortan "keine polnischen Herren geben" dürfe; die sollten, "so hart das klingen möge, umgebracht werden".

Polen galten als beliebig verwendbares oder auch untaugliches Menschenmaterial: Insgesamt 500.000 wurden aus den einverleibten Reichsgebieten ins Generalgouvernement getrieben, mehr als eine Million aus dem Generalgouvernement als "Fremdarbeiter" zurück ins Reich deportiert. 4,5 Millionen Polen kamen um, eine "ungeheure Haßstimmung" meldete Generalgouverneur Hans Frank seinem Führer.

Und "Erschießen, Aussiedeln usw.", so ein deutsches Dokument, war auch die Parole, als es von Finnland bis zum Schwarzen Meer weiter vorwärts ging, dorthin, wo Heinrich Himmler "einen Pflanzgarten germanischen Blutes" anlegen, Joseph Goebbels sich "so richtig in die Wiesen der Welt hineinsetzen und grasen" wollte.

All das war es, was auf Danziger und Königsberger, Stettiner und Stargarder, Breslauer und Schweidnitzer schließlich zurückschlug, was an die zwölf Millionen Deutsche in den Ostgebieten, in der Tschechoslowakei und in anderen Ländern, in denen sie als Minderheit hatten leben können, die Heimat, was mehr als zwei Millionen darüber hinaus bei Flucht und Vertreibung das Leben kostete.

Die ersten, die im Treck nach Westen zogen, waren im Sommer 1944 die 120.000 Memeldeutschen, die allerdings, so glaubten sie, nur "provisorisch" evakuiert worden waren, nachdem an der baltischen Front die sowjetische Offensive begonnen hatte. Denn weiter als bis Memel, so verhieß die Propaganda, konnten die russischen Armeen gar nicht kommen: An den Panzergräben des Ostwalls sollte ihnen endgültig Halt geboten werden.

Zwar schlug General Friedrich Hoßbach, Oberbefehlshaber der Vierten Armee, die vorbeugende Evakuierung wenigstens des östlichsten Ostpreußen schon im August vor, doch die politische Führung verbot solchen "Defaitismus", bis es zu spät war:

Am 16. Oktober traten fünf sowjetische Armeen auf einer Breite von 140 Kilometern zum Generalangriff auf Ostpreußen an und ließen sich durch keinen Panzergraben aufhalten, und was sich nun zutrug, charakterisierte der amerikanische Diplomat George F. Kennan später knapp so: "Die Russen feigten die einheimische Bevölkerung vom Erdboden in einer Art, die

seit den Tagen der asiatischen Horden kein Beispiel hat."

Evakuierungsbefehle ergingen kurzfristig in den Kreisen Schloßberg, Goldap und Gumbinnen, aber an geordneten Abzug war weder dort noch in Tilsit, Ragnit oder Angerapp zu denken. Drei Tage nach Beginn der Offensive war die Rote Armee bis über Nemmersdorf hinaus in Reichsgebiet eingebrochen; dann gelang es einem deutschen Gegenangriff, Teile des verlorengegangenen Gebiets zurückzugewinnen und eine neue Abwehrfront an der Rominte aufzubauen.

Was unterdes in Nemmersdorf geschehen war, wurde den Menschen in Ostpreußen bald "zum Inbegriff unaussprechlicher Angst" und beschleunigte "die Flucht nicht nur der Ostpreußen, sondern auch die der Schlesier und der Pommern", wie Koautor de Zayas schon in einer früheren Untersuchung ("Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen") festgehalten hatte.

Aussage von Generalmajor Erich Dethleffsen, seinerzeit Generalstabschef der Vierten Armee: "Als im Oktober 1944 russische Verbände in der Gegend Gr. Waltersdorf ... die deutsche Front durchbrachen und vorübergehend bis Nemmersdorf vorstießen, wurde in einer größeren Anzahl von Ortschaften südlich Gumbinnen die Zivilbevölkerung - z.T. unter Martern wie Annageln an Scheunentore - durch russische Soldaten erschossen. Eine große Anzahl von Frauen wurde vorher vergewaltigt."

Eidliche Erklärungen von Oberleutnant Heinrich Amberger, Kompaniechef im Korps "Hermann Göring", über Nemmersdorf: "Am Straßenrand und in den Höfen der Häuser lagen massenhaft Leichen von Zivilisten, die augenscheinlich nicht im Lauf der Kampfhandlungen durch verirrte Geschosse getötet worden, sondern planmäßig ermordet waren. Unter anderem sah ich zahlreiche Frauen, die man, nach der Lage der verschobenen und zerrissenen Kleidungsstücke zu urteilen, vergewaltigt und danach durch Genickschuß getötet hatte; zum Teil lagen daneben auch die ebenfalls getöteten Kinder."

So oder ähnlich war auch, was etwa in Metgethen, einem Vorort von Königsberg, in Goldap, Tuttnow oder Girnen passierte, und die Berichte und Gerüchte davon gaben überall das Signal: Rette sich, wer kann. Mancher, der nicht rechtzeitig entkommen konnte, machte sich auf andere Weise davon: Die Zahl der Selbstmorde stieg "geradezu erschreckend".

Drei Monate hatte die Front gehalten, dann, Mitte Januar 1945, gingen die sowjetischen Truppen erneut zum Angriff über. Allenstein und Rastenburg fielen, Sensburg und Rössel. Nach wenigen Tagen waren alle Bahnlinien ins Reich unterbrochen, und am 26. Januar wurde Ostpreußen durch einen russischen Vorstoß bis nach Elbing vom Westen abgeschnürt.

Flucht war nun nur nach Norden möglich, zum Frischen Haff und hinüber zur Nehrung an die Ostsee, wo Hoffnung bestand, sich in Pillau auf einem Schiff in Sicherheit bringen zu lassen. Doch das Eis des Haffs war trotz klirrender Kälte brüchig und durch Bombentrichter zerspalten. Mitunter mußten die Flüchtlinge bis zum Knie im Wasser sich dahinschleppen, zudem waren sie schutzlos den Angriffen von Tieffliegern ausgesetzt.

"Die Bomben schlugen Löcher", schilderte eine Bauersfrau aus Großroden, "und ganze Reihen von Wagen gingen unter. Wir hatten keinen Lebensmut und warteten sehnsüchtig auf den Tod." Drei Kilometer, höchstens fünf, kamen die Trecks am Tag voran.

Zur selben Zeit wie die Ostpreußen hatten sich auch die Deutschen aus Westpreußen, aus Graudenz und Thorn, aus Bromberg und Posen vor dem heranrückenden Feind auf die Beine gemacht, unter ihnen 300.000 Volksdeutsche, die zu Kriegsbeginn aus den baltischen Staaten, aus Wolhynien und Bessarabien gerade erst "heim ins Reich" geholt worden waren. Sie alle hatten sich eben bis nach Danzig und Ostpommern abgesetzt, als die Sowjets schon die Odermündung bei Stettin erreichten und auch ihnen der Fluchtweg weiter nach Westen abgeschnitten war. So blieb für sie ebenfalls nur der Weg über die Ostsee noch offen.

Und tatsächlich: In einem Unternehmen, das sich, so der amerikanische Historiker Philip K.



Lundeberg, "als der erfolgreichste Abzug über See in der modernen Geschichte erwies", wurden in den letzten 115 Tagen des Krieges auf 700 Schiffen, Fähren und Schleppern mindestens zwei Millionen Menschen im Pendelverkehr nach Westen evakuiert. Chef der Operation - die Verluste blieben unter ein Prozent - war Konteradmiral Conrad Engelhardt, der Seetransportchef der Wehrmacht.

Absprungbasis waren alle Häfen der Danziger Bucht, und Engelhardt schickte selbst beschädigte oder erst halbfertige Schiffe auf die Reise. Er ließ seine Einschiffungsoffiziere rigoros durchgreifen, wo Parteiprominenz ihren Hausrat oder Stäbe ihre ganzen Akten auf die Kähne verladen wollten, und in den ersten Tagen des "Unternehmens Rettung" meinte die Partei noch, den Strom der Flüchtlinge kontrollieren und Billets ausgeben zu müssen.

Schließlich pferchte man "auf einen Quadratmeter vier Menschen -- und das auf offenem Deck und ohne Priorität", so in einem Kapitel des Buches der Experte Fritz Brustat-Naval. Und wurden unterwegs Kinder geboren, bekamen sie den Namen ihres Schiffes als Zunamen, zum Beispiel "Erika-Ubena".

Gestorben wurde auch. Die "Neuwerk" verlor nachts zwischen Pillau und Hela ihr Geleit, kam vom Zwangsweg ab und geriet deutschen Schnellbooten vor die Rohre, die ein russisches Schiff vor sich glaubten und die "Neuwerk", die das Erkennungssignal nicht erwidert hatte, versenkten. Von den über tausend Frauen, Kindern, Eisenbahnern und Sanitätsgästen an Bord überlebten nur drei.

Die höchsten Verluste gab es beim Untergang von drei Schiffen, der "Wilhelm Gustloff", der "Steuben" und der "Goya", die zusammen 16.000 Menschen mit sich in die Tiefe rissen.

Das "Kraft durch Freude-Flaggschiff "Wilhelm Gustloff", für 1.500 Fahrgäste eingerichtet, sank mit vermutlich über 6.000 Menschen an Bord innerhalb einer knappen Stunde durch drei Torpedos des sowjetischen U-Boots S 13 am späten Abend des 30. Januar 1945 etwa auf der Höhe von Stolpmünde. 838 Überlebende wurden aufgefischt.

Elf Tage später erledigte das U-Boot S 13 vor der Danziger Bucht mit zwei Torpedos auch den Verwundetentransporter "Steuben" mit 2.000 Flüchtlingen und 2.500 Verwundeten unter und auf den Decks. Deutsche Kriegsschiffe konnten 600 von ihnen retten.

Am 16. April schließlich erwischte das russische U-Boot L 3 den 5.000-Tonner "Goya" auf der Fahrt von Hela nach Kopenhagen. Das Schiff, das von der Detonation förmlich hochgehoben wurde, zerbrach in zwei Teile und sank nach wenigen Minuten. Über 6.000 Menschen waren an Bord, darunter die Reste eines Panzerregiments; nur 183 kamen mit dem Leben davon.

Zu Schiff, zu Fuß, mit Pferdewagen, Schlitten, Handkarren zu fliehen, war vor allem den Ostpreußen auferlegt. Aus Schlesien, wo die erste große Fluchtwelle um den 19. Januar 1945 losbrach, kamen die meisten mit der Bahn und in Omnibussen davon. Aus Breslau allerdings konnten nicht alle per Zug evakuiert werden. Über 100.000, meist Frauen, mußten die Stadt bei Temperaturen um minus 15 Grad zu Fuß verlassen - Lautsprecherdurchsage am 20. Januar: "Frauen und Kinder verlassen die Stadt zu Fuß in Richtung Opperau - Kanth."

Rund zwölf Millionen Deutsche, so ist errechnet worden, waren östlich der Oder-Neiße-Linie zu Hause gewesen. Als der Krieg in die letzten Wochen ging, hatte sich etwa die Hälfte von ihnen auf den Weg in den vermeintlich rettenden Westen gemacht. Doch wohin sie auch immer in Mecklenburg oder Sachsen oder noch weiter gerieten - der Krieg blieb ihnen auf den Fersen.

So war Dresden mit 600.000 Flüchtlingen aus Schlesien vollgestopft, die wohl alle dachten, bald zurückkehren zu können, als am 13. und 14. Februar britische und amerikanische Bomber ihre Fracht auf die Stadt abwarfen und P-51-Jäger die auf den Elbwiesen kampierenden Flüchtlingstrecken im Tiefflug attackierten. Und ähnlich wie in Dresden, wo es schätzungsweise über 200.000 Todesopfer gab, war es in anderen Städten, die als Zuflucht hatten dienen

sollen.

"Die längste und verlustreichste Phase" (Völkerrechtler de Zayas) des langen Marsches stand aber erst noch bevor. Kaum war der Krieg endlich verloren, da machten sich die Trecks vielerorts wieder gen Osten auf: Da sie ihre Heimat vor der Roten Armee verlassen hatten, ohne - in Sachsen, Mecklenburg, Brandenburg, Westpommern - dem sowjetischen Regime entgegen zu sein, wollten diese Flüchtlinge lieber daheim erleben, was nun kommen würde.

Schätzungsweise 1,1 Millionen waren so bis Juli 1945 wieder zurückgekehrt, die meisten nach Schlesien, die wenigsten nach Ostpreußen. So erfuhr der Bauer Paul Ewert aus Montauerweide, Kreis Stuhm in Westpreußen, der auf seiner Flucht bis Lauenburg in Pommern gekommen war, bis sein Treck von russischen Truppen überrollt wurde, daß nun, Mitte Mai schon, "Güterzüge über Lauenburg, Neustadt, Danzig, Thorn nach Rußland führen und Flüchtlinge in die Heimat mitnehmen".

Für zehn Reichsmark gab es bei der russischen Kommandantur einen Ausweis, und ab ging's: Von ursprünglich 362 Einwohnern kehrten bis zum Sommer 97 Leute aus Montauerweide dorthin zurück.

Längst nicht alle kamen so glatt heim wie Bauer Ewert. Manche Rückkehrer waren Wochen und Monate unterwegs -- zu Fuß, weil noch keine Züge fuhren und es auch keine Pferde mehr gab, die man vor den Panjewagen hätte spannen können. Und wer dann doch ans Ziel kam, mußte am nächsten Morgen zur Zwangsarbeit antreten oder wurde gar in die Sowjet-Union deportiert - "Reparationsverschleppte", so die amtliche Bezeichnung.

Für sie alle aber, die es entweder auf sich genommen hatten, zu bleiben und sich, mit welchen Folgen auch immer, von der Roten Armee überrollen zu lassen, oder die es geschafft hatten, her und wieder hin zu flüchten, dauerte das bißchen Glück in Heimat und Frieden nur kurze Zeit.

Denn wie einst Hitler die Polen aus Warthegau und Westpreußen gejagt hatte, so bestanden nun die Polen darauf, innerhalb ihrer neuen Grenzen keine Deutschen dulden zu müssen, und auch die Tschechoslowaken wollten es nicht länger mit deutschen Minderheiten in ihrem Land zu tun haben. So wurde auf der Potsdamer Konferenz Ende Juli 1945 protokolliert, "daß die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muß".

Einerseits stimmten in Potsdam die drei Sieger überein, "daß jede derartige Überführung, die stattfinden wird, in ordnungsgemäßer und humaner Weise erfolgen soll", und Winston Churchill, britischer Premier, hatte schon vorher gemeint: "Mich beunruhigen diese großen Umsiedlungen nicht, die unter modernen Verhältnissen besser als je zuvor durchgeführt werden können."

Andererseits waren, als sich Churchill, Josef Stalin und der amerikanische Präsident Harry S. Truman in Potsdam zusammensetzten, die Vertreibungen bereits in vollem Gang, und die Verhältnisse waren auch nicht so, wie Churchill angenommen hatte.

Während hier noch Deutsche auf dem Treck zurück nach Osten waren, zogen da Trecks von Vertriebenen schon wieder westwärts nach Berlin und Dresden und Leipzig. Während in Potsdam noch am Vertreibungsprotokoll gearbeitet wurde, lief - am 27. Juli 1945 - im Berliner Westhafen ein Schiff mit 300 Deutschen ein. Sie waren - "ein Gepäckstück in jeder Hand" - aus dem tschechoslowakischen Brünn ausgewiesen und in Richtung Österreich in Marsch gesetzt worden.

Obwohl angesichts dessen in Potsdam deklariert wurde, "weitere Ausweisungen der deutschen Bevölkerung" erst einmal einzustellen, ging die Vertreibung ohne Unterbrechung weiter. Und allerdings auch ohne Rücksicht auf Verluste, so daß General Eisenhower am 18. Oktober 1945 nach Washington ("top secret") telegraphieren mußte: "Die von den Polen angewandten

Methoden entsprechen ganz gewiß nicht der Potsdamer Vereinbarung."

Unter dem 12. Oktober 1945 verfaßte Robert Murphy, politischer Berater der amerikanischen Militärregierung in Berlin, ein Memorandum, in dem es hieß:

"Wenn die Vereinigten Staaten auch vielleicht keine Mittel haben, einen grausamen, unmenschlichen und fortgesetzten Prozeß aufzuhalten, so scheint es doch, daß unsere Regierung unsere in Potsdam klar dargelegte Einstellung unmißverständlich wiederholen könnte und müßte." Denn: "Es wäre sehr bedauerlich, wenn es einmal heißen sollte, daß wir ... an Methoden (beteiligt) gewesen seien, die wir bei anderen Gelegenheiten oft verdammt haben." ...<<

**25.04.1980**

**Iran:** Am 25. April 1980 scheitert die militärische Befreiung der US-Botschaftsangehörigen, die man seit November 1979 in der US-Botschaft in Teheran als Geiseln festhält, um ein hohes Lösegeld zu erpressen.

Die US-Botschaftsangehörigen werden schließlich später gegen Zahlung des geforderten Lösegeldes (stammt aus dem beschlagnahmten Guthaben des iranischen Schah-Regimes) freigelassen.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über die Geiselnahme in der US-Botschaft in Teheran (x068/353-354): >>Am 8. September 1978, dem schwarzen Freitag von Teheran, schossen Soldaten des Schahs Hunderte, wenn nicht Tausende von Moslems nieder, Khomeini-Demonstranten.

Präsident Carter bot aus Camp David dem Partner Unterstützung an. Doch am 16. Januar nächsten Jahres wird der Schah gestürzt und am 1. April die Islamische Republik ausgerufen. Die Beziehungen der USA zu ihr verschlechtern sich ständig. Am 1. November kommt es in Teheran zu schweren antiamerikanischen Demonstrationen von Hunderttausenden vor der amerikanischen Botschaft.

Am 4. November besetzen sie demonstrierende Studenten und nehmen 60 Botschaftsangehörige als Geiseln fest. Präsident Carter geht mit diversen Sanktionen vor, schickt im Februar auch Kriegsschiffe und Marineinfanterie und bricht am 7. April die diplomatischen Beziehungen ab. Am 25. April aber mißlingt der Versuch, die Geiseln nach einem Landeunternehmen durch eine Blitzattacke zu befreien.

Als Carter das Scheitern in Teheran vor den Fernsehkameras am frühen Morgen des 26. April 1980 eingestehen mußte, war sein politisches Schicksal im Grunde entschieden. Peinlicher als alles bei diesem ganzen Vorgang wirkte vielleicht das Versagen auf einem Gebiet, auf dem die Amerikaner seit langem sich am stärksten fühlten, dem der Technik: drei von acht Hubschraubern fielen bereits zu Beginn der Aktion wegen technischer Defekte aus. So überwies Carter schließlich für die Freilassung der 52 Amerikaner 12 Milliarden Dollar aus eingefrorenen iranischen Konten.

Doch als die Geiseln eintrafen, war er schon nicht mehr im Amt.<<

**April 1980**

**BRD:** Bundestagspräsident Richard Stücklen (1916-2002, von 1949-1990 CSU-Abgeordneter des Bundestages) würdigt im April die Leistungen und Loyalität der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen (x021/478): >>Die Tatsache, daß Millionen Deutsche, die ihre angestammte Heimat verloren haben und dann im Westen mit Tatkraft und Besonnenheit die Bundesrepublik mit aufgebaut und eine freiheitliche Gesellschaftsordnung errichtet haben, ist eine Leistung von außerordentlicher geschichtlicher Bedeutung. ...<<

**23.05.1980**

**BRD:** Das Zentralkomitee der Deutschen Katholiken stellt am 23. Mai 1980 in der sog. "Bonner Erklärung" fest (x025/224): >>... (daß sich die Bundesrepublik Deutschland) kein Stillhalten und auch nicht den Versuch des Wegduckens unter den Stürmen der Weltauseinandersetzung leisten kann. Friede und Freiheit sind nicht dadurch zu bewahren, daß man ande-

re handeln läßt.<<

Die "Augsburger Allgemeine" berichtet am 23. Mai 1980 über den Lehrstoff nordamerikanischer Hochschulen (x025/210-211): >>... Schon der Preußen-König Friedrich Wilhelm I. erscheint als "Potsdam-Führer"; die preußische Armee war eine gigantische Strafanstalt. Die demokratische Nationalversammlung von 1848 zeigte rassistische Neigungen. Die ganze deutsche Bevölkerung hat die Ausrottung der Juden gekannt und gebilligt.

Überhaupt führt ein gerader Weg von Luther über das 18. und 19. Jahrhundert bis zur Nazi-Barbarei. Die Hitler-Attentäter vom 20. Juli 1944 waren Nazis, und der ehemalige Kanzler Kiesinger ist ein Ex-Nazi. Die deutsche Geschichte wirkt wie ein überdimensionales Verbrecheralbum; die Vertreibungsverbrechen werden nicht erwähnt.<<

**19.07.1980**

BRD: Bundespräsident Karl Carstens (1914-1992) spricht am 19. Juli 1980 anlässlich des 30. Jahrestages der Charta der Heimatvertriebenen in Stuttgart (x028/190): >>Unser Volk ist weiterhin geteilt. Der Weg, bis wir jenen Zustand des Friedens in Europa erreichen, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt, ist lang und er ist mühsam. Von uns Deutschen sind auf diesem Weg bereits viele Opfer erbracht worden. Wir haben sie gebracht in der Hoffnung und mit dem Ziel vor Augen, daß eines Tages die Grenzen in Europa ihre die Menschen trennende Bedeutung verlieren. An dieser Hoffnung halten wir fest. Dabei ist uns die Bewahrung des Friedens ein höchstes Gut. ...<<

Der deutsche Journalist und Publizist Günter Böldcker (1933-2012) berichtet später über die Einhaltung der am 5. August 1950 verkündeten "Charta der deutschen Heimatvertriebenen" (x021/478): >>... Drei Jahrzehnte später ist festzustellen: Die Vertriebenen haben ihr Wort gehalten, daß sie damals gaben. Sie haben für den Wiederaufbau Deutschlands geschuftet und das neue Europa mitgeschaffen. Sie haben Frieden gehalten und von dem jungen Staat nicht mehr verlangt, als er ihnen geben konnte. Die politische Disziplin war eines der Fundamente der inneren Stabilität, der die Bundesrepublik ihren Wohlstand, ihre Freiheit und ihr internationales Ansehen verdankt.<<

**21.07.1980**

USA: Das US-Nachrichtenmagazin "TIME" berichtet am 21. Juli 1980 über die fehlende gemeinsame nukleare Verteidigungspolitik Europas (x149/246): >>Spätere Historiker werden zweifellos erstaunt sein, daß 35 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges mehr als 200.000 US-Soldaten auf europäischem Boden stationiert waren, um einen reichen und wirtschaftlich machtvollen Kontinent mit 350 Millionen Einwohnern zu verteidigen.

Auch könnten sie sich verwundert fragen, warum die zwei eigenständigen Atommächte Westeuropas, nämlich Großbritannien und Frankreich, sich niemals um eine gemeinsame nukleare Verteidigungspolitik bemüht haben.

Die wissenschaftlichen, technischen und finanziellen Voraussetzungen waren dafür vorhanden. Es fehlte der gemeinsame politische Wille. Demzufolge blieb Westeuropa zu seiner Verteidigung immer noch auf das strategische Atompotential der USA angewiesen.

Diese Abhängigkeit wird von vielen Europäern als besonders bittere Qual empfunden, da sie noch zu einer Zeit fortbesteht, in der die Undurchdringbarkeit des atomaren Schutzschildes der Amerikaner so brüchig geworden ist wie niemals zuvor.

Der rapide Aufbau der sowjetischen Nuklearrüstung hat zu der unabweisbaren Frage geführt, ob die Regierung in Washington jemals Chicago zugunsten Hamburgs aufs Spiel setzen würde.

Vor zwei Jahren hat Präsident Jimmy Carter gegenüber den Chefs der übrigen 14 NATO-Mitgliedsländer erklärt: "Damit keine Mißverständnisse entstehen: Die Vereinigten Staaten sind darauf vorbereitet, alle notwendigen militärischen Mittel für die Verteidigung des Gebiets der NATO einzusetzen."

Diese politische Absichtserklärung gilt weiterhin, aber in Europa wächst der Zweifel, ob die USA dieser Verpflichtung nachkämen, wenn einmal sowjetische Truppen die Grenze zu Westdeutschland überschreiten sollten.

Auch wenn diese Furcht übertrieben ist, so erkannte doch Henry Kissinger dieses Dilemma ... (als er 1979) den europäischen Verbündeten nahelegte, sie sollten für ihre eigene Verteidigung sorgen, Abschreckungswaffen dabei eingeschlossen. ...<<

#### **11.08.1980**

**China:** Die Peking Zeitungen melden am 11. August 1980 das Ende des Mao-Kults in China (x297/212): >>... Das Zentralkomitee der chinesischen Kommunistischen Partei hat heute in Peking praktisch das Ende des Personenkultes um den verstorbenen Parteiführer Mao Tse-tung verkündet.

Wie die Nachrichtenagentur Xinhua meldete, hat das Zentralkomitee eine Direktive erlassen, wodurch der Bau von neuen Gedenkstätten zu Ehren Maos und anderer Persönlichkeiten verboten wird. Die Zahl von Bildern Maos und Inschriften seiner Worte an öffentlichen Plätzen soll streng beschränkt werden.<<

#### **05.10.1980**

**BRD:** Während der 9. Bundestagswahl erhalten die Parteien am 5. Oktober 1980 folgende Wählerstimmen (x089/82): >>CDU/CSU = 44,5 %, SPD = 42,9 %, FDP = 10,6 %, Sonstige = 2,0 %.<<

#### **15.10.1980**

**Brasilien:** Gustav Wagner (1911 in Wien geboren, der "Todesengel von Sobibór") bringt sich am 15. Oktober 1980 eigenhändig um.

Wagner beteiligte sich in Sobibór und Treblinka persönlich an den Selektionen. Wagner entkam mit Hilfe des Vatikans nach Brasilien. Er wurde dort zufällig enttarnt und 1978 verhaftet. Da Brasilien alle Auslieferungsanträge ablehnte, entging Wagner einer Verurteilung.

#### **04.11.1980**

**USA:** Ronald Reagan (1911-2004, Parteimitglied der "Republikaner") wird am 4. November 1980 zum 40. Präsidenten der USA gewählt.

Der deutsche Religions- und Kirchenkritiker Karlheinz Deschner (1924-2014) schreibt später über US-Präsident Ronald Reagan (x068/355-357,361-365): >>... Er wurde Sportreporter bei der lokalen Radiostation in Des Moines, spielte schließlich nach Probeaufnahmen in Südkalifornien lebenslang zweitklassige Rollen als ein zweitklassiger Schauspieler - und brachte Hollywood-Kollegen zur Zeit des McCarthy-Terrors um ihre Existenz.

Seine ökonomisch-politische Karriere begann Reagan in den fünfziger Jahren als "Unternehmensbotschafter" für General Electric und stieg zum Gouverneur von Kalifornien auf, stets gefördert von jenen Reichen und Superreichen, kalifornischen Konservativen, die dann vor allem die Innen- und Wirtschaftspolitik des Präsidenten beeinflussten, das sogenannte Küchenkabinett ... Auch die Schlüsselpositionen der Reagan-Regierung wurden fast ausschließlich mit millionenschweren Industriellen, Börsenmaklern, Managern besetzt, seine Spitzenpolitiker Caspar Weinberger und George Shultz kamen von der multinationalen Baufirma Bechtel in San Francisco.

Reagan ... verachtete das Aktenstudium und ließ sich über das Wichtigste in Kurzmemoranden unterrichten. Die Trägheit freilich sah das Volk, sah die Welt nicht – obwohl sie ihm doch im Gesicht stand. Dafür sah man: Reagan ging geschickt mit den Medien um und wußte sich vor der Kamera zu bewegen, jeder Zoll war kein König, aber ein Schauspieler. Das liebt die Welt, die bekanntlich betrogen werden will.

Der Präsident kam ihr in Haltung, Gestik, Mimik und in Worten, in schlichten Worten, entgegen. Und nicht zuletzt vertraute er so unerschütterlich dem eigenen eng begrenzten Horizont, daß er dieses Vertrauen auf einen Teil der Menschheit, zumal der amerikanischen, ausstrah-

len verstand. Obwohl er und weil er Millionen von Armen und Ausgebeuteten kraß betrog, galt er vielen als netter Mensch, zumal er seinen unbezweifelbaren Charme spielen ließ, wo immer es möglich und wünschenswert war.

... Er konnte am Ende seines ersten Präsidentenjahres verkünden, er habe einer Million Amerikaner neue Arbeitsplätze verschafft, obwohl es in Wirklichkeit 100.000 Arbeitslose mehr gab als im Jahr zuvor. ...

Ronald Reagans "lebenslange Neigung zum Übertreiben" ist ebenso bekannt wie sein "extrem großzügiger Umgang mit Fakten". ...

Beim außenpolitischen Engagement des Präsidenten sah es ganz so aus, als wollte er Wild-West-Filme auch in der Weltpolitik spielen ...

Gegenüber der Sowjetunion ging Reagan, kaum im Amt, sofort auf scharfe Konfrontation, wobei er freilich nur deren von den USA seit Jahrzehnten betriebene Verteufelung fortsetzte. Für Reagan waren die sowjetischen Führer Kriminelle, imstande, "jedes Verbrechen zu begehen, zu lügen und zu betrügen", wie er offenherzig bekannte; die Sowjetunion war "in der modernen Welt das Zentrum allen Übels".

Und auf einer Tagung amerikanischer Evangelisten rief er zum Gebet auf für all jene, "die in der totalitären Finsternis leben". Scheute er sich doch nicht, einem Reporter der "Los Angeles Times" im Wahlkampf 1980 zu erklären, die Sowjets seien "Monster", und ihre Gottlosigkeit sei es wieder, die "ihnen weniger Respekt vor der Menschlichkeit und dem menschlichen Wesen einflößt". Die Sowjetunion, das "Reich des Bösen", wollte der Schauspieler auf dem Thron "auf den Müllplatz der Geschichte" kippen. ...<<

>>... Alles nahm größere Dimensionen an unter Reagan, alles wuchs. Und was am raschesten im Staatsapparat wuchs, war die CIA: 1.500 neue Mitarbeiter wurden eingestellt. 1987 belief sich der Personalstand der CIA auf 16.000 Mitglieder und der Etat auf 25 Milliarden Dollar. Eine solche Organisation mußte einfach den einstigen Kino-Wildwest-Helden besonders anziehen.

Zum Chef des Human-Unternehmens ernannte Reagan seinen Freund William Casey. Im Zweiten Weltkrieg hatte dieser alliierte Spionageoperationen hinter der deutschen Front geleitet und war später an den Börsen Wall-Streets reich geworden. Reagan erweiterte seinen Einfluß als Spionagechef, indem er covered actions, geheime Kommandoaktionen, unter Carter fast in Mißkredit geraten, wieder als Routinesache der US-Außenpolitik ansah. Ja, der Präsident hatte bald ein solches Faible für derlei mehr als anrühige Operationen, daß Caseys Stellvertreter, Admiral Inman, die Segel strich und in die Privatwirtschaft ging.

Die Regierung Reagan-Bush ließ die CIA in rund 60 Staaten konspirieren und dabei jährlich etwa 600 Millionen Dollar für covered actions verpulvern, vor allem, um mißliebige Regierungen zu erschüttern, in Dutzenden von Fällen. Zum Beispiel tat Präsident Reagan alles, um die Sandinisten Nicaraguas zu stürzen. Die CIA finanzierte nicaraguanische Exilgruppen und bereitete einstige Somoza-Anhänger in Florida und Honduras militärisch auf Invasion und Bürgerkrieg vor. Und während bald im Dschungel an der Grenze zwischen Honduras und Nicaragua eine Freiwilligenarmee stand, destabilisierte man auf verschiedenen Wegen das Land im Innern.

Während man die Revolutionäre in Managua, die Sandinisten, bezichtigte, ihre Revolution nach Honduras auszudehnen, verwickelte man das benachbarte Honduras in eine Gegenrevolution mit dem Ziel, diese nach Nicaragua zu exportieren. Die CIA kaufte Söldner, warb argentinische Offiziere an, nicht wenige Nazis darunter. Sie verteilte in Nicaragua Gebrauchsanweisungen für das Umbringen der dort herrschenden Linken.

Nazimethoden?

Der Internationale Gerichtshof in Den Haag verurteilte die USA 1986, weil sie, entgegen dem Völkerrecht, nicaraguanische Häfen vermint, den Handel Nicaraguas behindert sowie gegen

eine ganze Reihe von Verpflichtungen und Verträgen verstoßen hatte.

Aber die Welt ist böse, böse. Man mußte sich sichern. In sechs Amtsjahren des Präsidenten Reagan gab man allein für den Ausbau der elektronischen Spionage in aller Welt rund 100 Milliarden Dollar aus.

Und wie stand es mit der Mafia? Oh, bestens, bestens. Man hatte sie fest im Griff. Hatte regen Kontakt, auch und gerade natürlich im nächsten Umkreis des Präsidenten. Nein, man ließ sie nicht aus dem Auge. Dazu war man ja schon beruflich verpflichtet. Etwa Reagan-Freund und CIA-Direktor William Casey. Aber auch Reagans Arbeitsminister Raymond Donovan hatte nachweisbare Mafia-Kontakte und wurde beschuldigt, zum Wahlkampf des Präsidenten 600.000 Dollar beigesteuert zu haben, die aus Mafia-Quellen stammten. Doch Geld stinkt nicht, und Untersuchungen gegen das Gewerkschaftsgangstertum reduzierte Donovan drastisch.

Ronald Reagan selbst traf sich als Präsidentschaftskandidat (am 27. August 1980) privat mit Mafia-Vertretern, Führern der Teamster-Gewerkschaft, mit Roy Williams und Jack Presser. Die berüchtigte Gewerkschaft der Fernfahrer, auch von Richard Nixon schon lange gefördert, wird von Gambino, dem "Paten einer New Yorker Familie", kontrolliert und soll Milliardenbeträge an die Mafia abzweigen.

U.a. wird der Kennedy-Flughafen von dieser Vereinigung systematisch geschröpft. "Jedes Jahr lassen die Fahrer des Syndikates auf Anordnung der Familie Güter im Wert von Milliarden Dollar verschwinden. Das FBI schätzt, daß mehr als ein Drittel der wertvollen Güter auf dem Kennedy-Airport unterschlagen werden - elektronische Geräte, Juwelen, Pelze, Nahrungsmittel - und in die Hände der Mafia fallen" (M. Monestier). Das Treffen Reagans am 27. August 1980 mit dem Vizepräsidenten der Teamster, Roy Williams, diente der Mobilisierung der Gewerkschaftler im Wahlkampf, den er auch "ganz sicher mit finanzieller Unterstützung der Teamster-Gewerkschaft" geführt hat.

Ronald Reagan ist dankbar. Freunde läßt er nicht im Stich. Und so galt einer seiner ersten Besuche als Präsident der Teamster-Gewerkschaft. Von dort holte er sich ja auch seinen Arbeitsminister Donovan, Und schon bald nach der Wahl 1981 wurde Williams Präsident der Teamster, und Reagan lud ihn sogar zu einer Top-Level-Wirtschaftskonferenz ins Weiße Haus.

Freilich war Williams derart belastet, daß er noch im selben Jahr zurücktreten und den Präsidentenstuhl Jack Presser überlassen mußte, dem anderen Verbindungsmann zur Mafia und seiner offenbar in jeder Hinsicht würdig. Trotz laufender Fahndungen, Beschuldigungen, Beweise und Verurteilungen aber ging "die Freundschaft zwischen der Reagan-Administration und der Mafia-kontrollierten Gewerkschaft nicht in die Brüche."

Vielmehr wird "immer dann, wenn der Kongreß oder Gerichtsbehörden die Kooperation der Regierung bei Untersuchungen gegen die Gewerkschaft benötigen, diese prinzipiell nicht gewährt" (J. Roth/B. Ender). Im Gegenteil. Offiziell und öffentlich stützte man Beschuldigte. Ja, das Reagan-Bush-Gespann begann damit, keine neue Operationen gegen das organisierte Gangstertum zu erlauben. Nicht genug, man kürzte wesentlich die Etats gerade jener Stellen, die vordem die gelenkte Kriminalität besonders wirksam bekämpft hatten. Dies alles stand in einem augenfälligen Kontrast zu Jimmy Carters Verhalten, bei dem zumal die Teamster-Gewerkschaft vier Jahre lang abgeblitzt war.

Aber schließlich wurde Carter auch nicht mehr Präsident. ...

Man kann gegen Reagan sagen, was man will, es hatte alles großen Stil. Und Geld war schließlich dazu da, um ausgegeben zu werden. Schon die - ihm freilich nur zu angemessene - theatralische Inszenierung seiner Amtseinführung als Präsident wurde ein 16-Millionen-Dollar-Schauspiel. Ein Lehrer an öffentlichen Schulen, vergleichsweise, verdiente um 1980 höchstensfalls 16.000 Dollar im Jahr, in manchen Staaten sogar weniger; in Mississippi etwa

nur 11.000 Dollar jährlich.

Nancy Reagans Garderobe, wieder nur zum raschen Vergleich, eigens für die Inauguration (feierliche Amtseinführung) geschneidert, kostete 25.000 Dollar. Und zur Amtseinführung Reagans 1985, als der Präsident das Ideal des altruistischen, für seine Überzeugung kämpfenden Amerikaners beschwor, mit großer Geste dazu ein paar sentimentale Verse zitierte und aufrief, "die Wirtschaft zum Motor unserer Träume zu machen", da verschlang die Garderobe der First Lady 46.000 Dollar.

Aber Nancy Reagan hatte überhaupt Sinn für Ausstattung. Und sollte sie den Amerikanern nicht zeigen, wie man sich kleiden, wie man wohnen konnte, wenn man diesen Sinn eben hatte, diesen Geschmack?

So schmückte sie das Präsidentenschlafzimmer im Weißen Haus mit kostbaren Erlesenheiten. Etwa mit einem riesigen französischen Rokospiegel. Oder mit einer handbemalten hauchzarten chinesischen Tapete. Gleich zu Beginn der Amtszeit erwarb sie auch ein altchinesisches Porzellanservice für 200.000 Dollar - na was denn! Und eine Juwelensammlung für das Weiße Haus.

Ja, während Nancy Reagan einer, wie nur Mißgünstige meinten, Neidische, doch etwas aufwendigen Selbstinszenierung frönte, einer Passion für große Auftritte, abendliche Galas, während sie rubin- und diamantenbehängt, in immer neuen Roben erschien, in bodenlangen Nerzen, handgearbeiteten, edelsteinbesetzten Schuhen, in einem schwelgerischen Luxus, der feudale Epochen fast verblassen läßt, da propagierte der Präsident die alten amerikanischen Werte persönlicher Leistungs- und Risikobereitschaft als Voraussetzung für den Aufstieg und unternehmerische Gewinne, predigte er die Ideologie vom wohlverdienten Erfolg.

Debora Silverman bemerkte damals "historische Parallelen zur Endphase des Ancien Régime". Das klingt kritisch. Aber ist es gerecht? Man konnte schließlich nicht immer nur arbeiten, nur schuften für das allgemeine Wohl. Und begann man nicht auch zu sparen, sofort, denn irgendwo und irgendwie mußte ja damit begonnen werden?

Ja, sofort wurde jetzt der Bundesetat für Sozialprogramme und Schulspeisungen um 41 Milliarden Dollar gekürzt. Das war doch schon mal ein Happen. Und zwei Jahre nach Reagans Amtsantritt waren von den 230 Millionen Amerikanern nach der offiziellen Statistik mindestens zwei Millionen obdachlos, und mehr als 30 Millionen lebten unterhalb der Armutsgrenze.

Am Ende von Reagans erstem Amtsjahr gab es eine Arbeitslosigkeit von fast 9 Prozent und ein geschätztes Haushaltsdefizit von 100 bis 150 Milliarden Dollar. Während Präsident Reagan prahlte, die USA wieder zur "Number one" der Welt gemacht zu haben, erwies eine auf 36 Statistiken der Weltbank und der UNO gestützte Untersuchung der "University of Pennsylvania", daß die USA im Hinblick auf die "Lebensqualität" erst an 27. Stelle standen und damit hinter allen verglichenen europäischen Staaten!

Reagan, dessen Vater einst selbst die staatliche Wohlfahrt in Anspruch genommen hatte, kürzte von Mal zu Mal die staatlichen Sozialleistungen. Die Folgen waren entsprechend. Es gab noch mehr Arme und noch mehr Todesfälle unter den Armen. Und noch mehr Hunger. Nach einer allgemein anerkannten Definition des Begriffs "Hunger" hungerten in Ronald Reagans zweiter Amtszeit in den USA, dem mit Abstand reichsten Land der Welt, acht Millionen Erwachsene und zwölf Millionen Kinder.

Zu diesem Ergebnis kam ein "Hunger in den Vereinigten Staaten" betitelter sachlich-kühler Bericht des renommierten Wissenschaftsblattes "Scientific American". Obwohl das Übel, schrieb "Scientific American", in den 70er Jahren praktisch beseitigt gewesen sei, ist es "durch Kürzungen der Bundesregierung zurückgekehrt."

Und 33,4 Millionen der US-Bürger lebten nach der amtlichen Sprachregelung in Armut. Doch während die Armut der 20 % ärmsten US-Bürger zwischen 1978 und 1987 noch um acht Pro-



zent zunahm, wuchs auch der Reichtum der reichsten 20 % US-Bürger noch um 13 %. Und damit hatte man schließlich wieder den Ausgleich. So ganz wohl freilich fühlen sich selbst die Reichen kaum.

Oder warum schützen sie sich und ihre Einrichtungen durch doppelt so viele Privatpolizisten, wie die Kommunen, die Bundesländer und die Regierung zusammen Polizisten unterhalten?  
...<<

[Der US-amerikanische Autor Des Griffin \(1934 in Nordirland geboren\) berichtet später in seinem Buch "Wer regiert die Welt?" über US-Präsident Ronald Reagan \(x364/231-241\):](#)

>>... **XUI. Neuer Star für eine alte Clique**

Während die Vereinigten Staaten unter der argen Last der Carter-Präsidentschaft schwankend in das neue Jahrzehnt der 80er Jahre eintraten und sich die nationalen Krisen in alarmierendem Tempo verstärkten, erhob sich unter der hartbedrängten und überbesteuerten amerikanischen Bürgerschaft der Ruf nach Entlastung.

Nach fünfzig Jahren des liberalen Wahnsinns fast leergeblutet, bestand einerkennbarer Wunsch nach tiefgreifenden Änderungen. Man hatte die flagranten Betrügereien, wie zum Beispiel dem "New Deal", "The New Frontier", der "Great Society" und der himmelschreienden Schwindelei der Carter-Jahre bis zum Überdruß satt und viele Millionen Amerikaner sehnten sich nach der Rückkehr einer gesunden Regierung.

Das amerikanische Volk hatte genug. Am 4. November 1980 hatte es mit überwältigender Mehrheit die liberale Politik zurückgewiesen, die in den letzten Jahrzehnten gedroht hatte, die Vereinigten Staaten unter roten Zahlen, Verbrechen und menschlicher Entwürdigung zu begraben. Es gab einen massiven Ruck nach rechts, der zu dem überwältigenden Wahlsieg von Ronald Reagan zum amerikanischen Präsidenten führte.

### **Das Phänomen Reagan**

Am 20. Januar 1981 stieß die amerikanische Nation gesamthaft einen hart verdienten Seufzer der Erleichterung aus, als die neue Reagan-Administration die Zügel der Regierung in die Hände nahm. Die gleichzeitig damit stattfindende Freilassung der Geiseln im Iran trug zu dem allgemeinen Gefühl der Erleichterung fast einen Hauch Jubel bei.

Mit dem Eintreffen von Ronald Reagan und vielen neuen, verfassungsorientierten Gesetzgebern auf der Washingtoner Szene wehte ein kühler, klarer und frischer Wind durch die staubigen Hallen des Kongresses. Die generelle Haltung der Neuankömmlinge wurde von Jeremiah Danton, dem neuen Senator von Alabama zum Ausdruck gebracht:

"Es ist an der Zeit zu handeln. Bürger haben ihre eigene Selbstachtung und sie wollen, daß diese Nation die ihre zurückgewinnt."

Die neue Reagan-Regierung versprach dem amerikanischen Volk einen "neuen Beginn" eine Rückkehr zu traditionellen Werten. Ende der 70er Jahre wurde der Patriotismus vieler Millionen im ganzen Land zu neuem Leben angefacht, als Ronald Reagan eine lange Serie von Reden hielt, die die Rundfunksender der ABC ausstrahlten. Er sprach über Patriotismus, konservative Politik und persönliche Verantwortung sowie über die Notwendigkeit, den amerikanischen Bürger die "große Regierung" vom Hals und aus ihrem täglichen Leben zu schaffen. Diese bewegenden Botschaften fanden in den Herzen und Köpfen vieler Millionen Amerikaner von Küste zu Küste ein tiefsitzendes Echo.

### **Vision eines wunderbaren Amerikas**

Von jahrzehntelanger liberaler Wahnsinnspolitik verängstigt und frustriert, fingen die Leute an, sich ernsthaft eine Reagan-Administration vorzustellen. Er sprach ihre Sprache und sie schlugen sich auf seine Seite. Sie spürten, daß hier endlich ein Mann von geradem Charakter war, der ihre Wertvorstellungen mit Nachdruck vortragen und eine Hauptrolle spielen könnte, um die Nation wieder zu internationalem Ansehen zurückführen zu können.

Als Reagan seine einträgliche amerikanische Rundfunkarbeit an den Nagel hängte und seine

Wahlkampfreise antrat, brauchte er nur noch ins Ziel zu laufen. Schon bald wurde von einer wachsenden Menge "die Vision aufgegriffen" - die Vision von einem wunderbaren, mit neuer Lebenskraft erfüllten Amerika, das die unzähligen nationalen Probleme triumphierend hinter sich läßt. Die Präsidentschaftskandidatur des ehemaligen Gouverneurs von Kalifornien wurde von ihnen mit Begeisterung unterstützt. Das Phänomen Reagan nahm rasch Gestalt an.

Was kann das amerikanische Volk von der Reagan-Administration erwarten? Wird sich Reagan als "das Wahre" erweisen - oder wird er sich als ein weiterer Wolf im Schafspelz entpuppen?

Im Jahre 1945, bei Ende des Zweiten Weltkrieges - nach 12 Jahren des leninistischen "New Deal" - befanden sich die meisten Positionen in Regierung, Bildungswesen, Nachrichtenmedien und anderen wichtigen Bereichen des öffentlichen Lebens in den verräterischen Händen von Individuen, die ihre Seele an die Verschwörer verkauft hatten.

Die in Hollywood beheimatete Filmindustrie war fast völlig unterwandert. Mit der geschickten Ausnutzung von Filmen, die die subtile Anti-Amerika-Propaganda der Linken verbreiteten, würden die Verschwörer in ungeheurer Weise auf das Denken der Kinobesucher im ganzen Land einwirken können.

Da die meisten Leute ins Kino gehen, um den nur allzuoft grimmigen Tatsachen des täglichen Lebens zu entfliehen, lassen sie ihren formbaren, nichts ahnenden Verstand weit offen stehen, so daß falsche und destruktive Ideen ohne ihr Wissen darin eingepflanzt werden können. Über den Weg eines solchen Mediums können die Bürger für die "Neue Weltordnung" programmiert werden.

### **Die Roten von Hollywood**

Zum Ende der 40er Jahre begannen allerdings die Pläne der Illuminaten zur Subversierung der amerikanischen Gesellschaft von innen heraus schief zu laufen. Dramatische Beweise bezeugen, daß die Regierung Roosevelt mit subversiven Elementen durchsetzt gewesen war und die Mehrzahl von ihnen auch noch in der Truman-Administration verblieben waren.

Der berühmte Broadway- und Hollywood-Drehbuchautor und Ronald Reagan als Schauspieler und im Wahlkampf zur Präsidentschaft. Die wirkliche Macht in Amerika ist auch heute weiterhin "ganz in der Familie Rockefeller".

Produzent Myron Fagan deckte die Methoden auf, die die "roten Termiten" bei ihren subversiven Aktivitäten benutzten. Die sich anschließende Empörung hat die Filmindustrie bis ins Mark erschüttert. Als Folge der Untersuchungen durch den United States Senat und den Staat Kalifornien wurden die ruchlosen "Hollywood Ten" zu Gefängnisstrafen verurteilt und weitere 300 Stars, Produzenten und Regisseure für schuldig befunden, der Sache der Roten gedient zu haben.

Myron Fagan gründete die "Cinema Education Guild" (CEG) in dem Bemühen, das amerikanische Volk über die unheilvolle Bedrohung durch diese massive Unterwanderung zu informieren.

Die Wirkung zeigte sich augenblicklich. Die Besucherzahlen gingen drastisch zurück, so daß einige Kinos zur Schließung gezwungen waren. Unter diesem enormen, landesweiten Druck traten die Roten den Rückzug an und dem amerikanischen Volk wurde versichert, Hollywood säubere seine Bühne. Aber es dauerte nicht lange und die Roten schlichen sich von neuem in Hollywood ein - und nahmen ihre subversive Arbeit erneut auf. Noch einmal riß Myron Fagan ihnen ihren Deckmantel, herunter. Noch einmal gingen die Wellen der Empörung durch die Filmindustrie.

Im Rampenlicht der bestürzenden Enthüllungen durch die CEG bloßstehend und entschlossen, sich nie wieder erwischen zu lassen, haben die subversiven Elemente Hollywoods das Drehbuch umgeschrieben und ein anderes diabolisches Komplott geschmiedet, das die Amerikaner die Tatsachen vergessen machen sollte.

Eingedenk des Erfolges, den die öffentlichen Auftritte von "Stars" in den dunklen Tagen der großen Rezession gehabt haben, beschlossen sie, daß das beste Mittel zur Einschläferung des amerikanischen Publikums, das sie in die Kinos zurückbringen würde, darin besteht, die Hollywood-Prominenz aufs Land zu schicken. Sie würden als Ehrengäste in Clubs auftreten, Pressekonferenzen für die Vertreter der führenden Nachrichtenmedien geben und ganz allgemein für ein hohes Ansehen sorgen. Ihre Titelmelodie: "Die Roten sind aus Hollywood abgehauen. Alles ist jetzt wieder in Ordnung in der Filmmetropole."

Viele haben sich energisch dagegen verwahrt, an diesem monströsen Schwindel teilzunehmen. Berühmtheiten wie Clark Gable haben heftig protestiert und sich geweigert, als Botschafter des Betrugs aufzutreten. Andere sind mit beiden Füßen auf diesen Verschwörungszug aufgesprungen.

Zu den bekanntesten von ihnen gehörte ein Filmschauspieler namens Ronald Reagan, Präsident der "Screen Actors Guild" (SAG). Im Verlauf der Senatshearings in Washington im Jahre 1947 war die Guild nachweislich als ein führendes Werkzeug der Subversion in der Filmindustrie entlarvt worden.

### **Reagans rote Märchen**

Reagan bereiste das Land und versicherte den Leuten, daß die subversive Bedrohung vorüber sei. Eine für Reagan typische Erklärung wurde am 27. Juli 1951 in der Victor Reisel Kolumne abgedruckt:

"Der Kommunismus hat in Hollywood versagt, weil die überwältigende Mehrheit der Screen Actors Guild immer gegen den Kommunismus war und ist. Die Roten haben alle Kunststücke aus ihrer Trickkiste ausprobiert, aber die Filmschauspieler unter Führung des Vorstandes der Screen Actors Guild haben sie überlistet und besiegt. Wir haben sie offiziell und inoffiziell bekämpft. Wir haben sie in Versammlungen hinter den Kulissen bekämpft.

Unsere roten Feinde sind sogar soweit gegangen zu drohen, sie würden mir persönlich und anderen Stars Säure ins Gesicht werfen, damit wir niemals wieder im Film auftreten können. Ich habe eine Zeitlang einen Revolver bei mir getragen und Polizisten haben in meinem Haus gelebt, um meine Kinder zu beschützen. Aber diese Tage sind für immer vorbei, ebenso wie die betörten Sympathisanten und Mitläufer der Roten. Heute sind selbst die Mitläufer von der Hollywood-Szene verschwunden."

Die neue Taktik wirkte wie ein Zaubermittel. Wie nicht anders zu erwarten, wurde das neue Leitmotiv von den Zeitungen, Magazinen, Rundfunk- und Fernsehkommentatoren aufgegriffen und im ganzen Land verbreitet. Die sorgfältig konzertierte Schwindelkampagne hatte die gewünschte Wirkung. Die öffentliche Meinung beugte sich erneut unter dem Druck.

### **Reagans Polit-Show**

Es sollten mehr als zehn Jahre vergehen, ehe Ronald Reagan sein Debüt auf der politischen Bühne gab. In wahrlich theaterwürdigem Stil begann er seinen Auftritt im Jahre 1964 mit einer anheizenden Rede, die er für Barry Goldwater auf dem Konvent der Republikanischen Partei hielt.

Seine höchst pro-amerikanischen Erklärungen und seine glattpolierte Rhetorik waren die Ursachen, die ihm weitverbreitete Aufmerksamkeit als einem möglichen Kandidaten für ein hohes politisches Amt einbrachten. Die Tatsache, daß er politisch ein Anfänger war, ohne jede Hausmacht, mit der er operieren konnte, tat seinem politischen "Sex Appeal" keinen Abbruch. Nach der Niederlage von Barry Goldwater begann Ronald Reagans Stern am politischen Himmel aufzusteigen. Ein Jahr später gründeten ehemalige Goldwater-Anhänger einen Verein mit dem Namen "Friends of Ronald Reagan". Zu Beginn reiste Reagan in Kalifornien umher und traf sich zu privaten Gesprächen mit politischen Führern und stellte seine hochkarätige Redekunst den Zuhörern vor.

Reagan sagte immer das Richtige und erhielt stürmischen Applaus von seinem Publikum. Sie

brachten ihm stehend Ovationen entgegen, als er gegen die "große Regierung" wettete; Regierungsbestechung in Form von Subventionen an besondere Interessengruppen und die Unzahl von sonstigen Regierungsprogrammen, deren Zweck die Ausdehnung der Administration auf alle Lebensbereiche sei.

Die "Reagan Show" ging auf Tournee durch ganz Amerika und wurde in vielen Großstädten an der Ostküste gegeben. Das Echo überall im Land war begeistert. Reagan wurde von vielen konservativen Republikanern als ein "konservativer Goldwater" akzeptiert. Er wurde zu einem "heißen Tip".

### **Erste Schatten zeigen sich**

Kurz nachdem er 1966 in den Wahlkampf um den kalifornischen Gouverneursposten eingetreten war, kamen beunruhigende Signale aus dem Reagan-Lager. Die politische Coleur in der engeren Umgebung Reagans veränderte sich. Es fand ein stetiger Exodus derjenigen statt, die sich ihr Leben lang als unverbrüchliche Anhänger der wahren republikanischen Grundsätze bewiesen hatten. Gleichzeitig hielten liberale Dogmatiker und politische Manipulanten ihren Einzug. Es war offensichtlich, daß etwas in dem Image von Reagan als einem hartgesottenen Konservativen fehlte.

Millionen hoffnungsvolle Wähler in Kalifornien nahmen das Image von Ronald Reagan als Ritter ohne Furcht und Tadel, der ein "konservativer Gouverneur" sei und sie von dem ewig wachsenden Fluch der "großen Regierung" befreien würde, für bare Münze.

Im ganzen Bundesstaat herrschten hochgesteckte Hoffnungen, als Ronald Reagan am 5. Januar 1967 in sein Amt als Gouverneur eingeführt wurde. In seiner Einführungsrede versprach Reagan, daß seine Administration um "Straffung, Kürzung und Senkung" bemüht sein werde, "bis die Staatsausgaben verringert sind. Es wird nicht einfach sein, noch angenehm, und es wird jedes Ressort betreffen, angefangen beim Amt des Gouverneurs selbst".

Knapp einen Monat später, in seiner Haushaltsrede vor der Legislative, zeigte Reagan mit dem Finger auf die Ursachen für die finanziellen Nöte des Staates, den politischen und finanziellen Mumpitz der Pat Brown Regierung. Kalifornien war mit 500 Millionen US-Dollar im Minus. Reagan gelobte, daß seine Regierung "kein Interesse an der Fortsetzung eines solchen fiskalischen Schwachsinn" habe.

### **Rhetorik und Wirklichkeit**

Die Haushaltsvorlage des neuen Gouverneurs schien die Antwort auf die Gebete der Konservativen zu sein. Sie gewann ihm die spontane - fast jubelnde Zuneigung der Konservativen überall. Er legte darin Einzelheiten eines Reformpaketes dar, das dem Staat Kalifornien fiskalisches Verantwortungsbewußtsein und Solvenz zurückbringen würde.

Der kalifornische Senator John Schmilz, den neuen Gouverneur bei seinem Wort nehmend, geriet in Ekstase: "Nun haben wir zu guter Letzt einen Gouverneur in Kalifornien, der den Leuten die Wahrheit sagt - und seine Versprechungen hält. Der Haushaltsentwurf von Gouverneur Reagan deckt das ganze Ausmaß der staatlichen Finanzkrise auf und verwirft die leichte, aber ruinöse Lösung, die Steuern drastisch zu erhöhen. Er hat getan, was er versprochen hat. Er hat den Mut gehabt, die Wirtschaft an die erste Stelle zu setzen, die Ausgaben gegenüber dem Vorjahr um eine Viertel Milliarde Dollar zu kürzen."

Leider war die Bewertung von Senator Schmilz etwas voreilig. Er hatte Reagan für einen Mann gehalten, dem man vertrauen kann, daß er sein Wort hält. Er hatte in dem Moment vergessen, daß in der Politik Rhetorik und Wirklichkeit gewöhnlich weit voneinander getrennt sind. Integrität ist ein höchst ungewöhnlicher politischer Charakterzug.

Noch ehe der Widerhall seines "Reformprogrammes" verklungen war, befand sich eine neue Reagan-Vorlage auf dem Weg vor die Gesetzgeber, die 865 Millionen US-Dollar an neuen Steuern vorsah. In einer Haushaltsrede vor dem gesamten hohen Haus verkündete Reagan, daß er einen endgültigen Staatsetat vorlegen werde, der 488 Millionen US-Dollar kompletter

Neuausgaben vorsieht.

Noch bevor die Legislaturperiode um war, hatte "der konservative Gouverneur", der geschworen hatte, "den Willen des Volkes zu ehren", mit seiner Unterschrift eine Steuererhöhung von insgesamt 943.300.000 US-Dollar zum Gesetz erhoben, die höchste einzelne Steueranhebung, die es jemals in der Geschichte eines amerikanischen Staates gegeben hat. Senator Schmilz flehte den Gouverneur Reagan an, jenen "nicht das Vertrauen und die Herzen zu brechen", die an ihn geglaubt hatten. Aber es half nichts.

Hat sich Ronald Reagan seit seiner Gouverneurszeit drastisch geändert? Hat er seiner nachweislich liberalen Vergangenheit abgeschworen? Geht er heute auf der rechten Spur? Der heutige amerikanische Präsident Ronald Reagan antwortet mit einem Ja.

Im Verlauf des Wahlkampfes von 1980 und in den ersten Monaten seiner Amtszeit hat Ronald Reagan beredt die Narrheiten des Sozialismus dargelegt und ihnen abgeschworen. Er hat deutlich gezeigt, daß es Idiotie ist, wenn die amerikanische Nation auf dem Weg weitermacht, den sie seit den Tagen von Roosevelt eingeschlagen hat.

Es besteht kein Zweifel an der Tatsache, daß Reagan der Nation eine psychologische Kraftspritze verabreicht hat. Unter dem Einfluß seiner ruhigen und zuversichtlichen Führung ist es zu einer Trendwende der Ansichten gekommen, die die meisten Amerikaner über die Zukunft haben. Neue Zuversicht hat die Nation ergriffen.

### **Das Attentat ein Komplott?**

Diese Sinneswandlung Ronald Reagans ging den Internationalisten gegen den Strich, da er einen Großteil der Abbrucharbeiten wieder zunichte macht, die unter dem Carter-Regime vollbracht wurden. Sie könnten Reagan aus dem Weg haben wollen und zwar so schnell wie nur möglich.

Die Establishment-Medien brachten den Mordanschlag auf den Präsidenten am 30. März 1981 als die Tat eines "Spinners". Es wurde vielerorts erklärt, John W. Hinckley sei ein Einzelgänger, der ohne Auftraggeber gehandelt habe. Dagegen deuten neuere Beweise darauf hin, daß die Medien erneut an einer massiven Verdunklungskampagne arbeiten könnten, die an das erinnert, was nach der Ermordung Kennedys in Dallas im Jahre 1963 passiert ist.

Berichte aus einer Vielzahl unabhängiger Quellen wecken den Verdacht, daß der Anschlag auf das Leben von Reagan einen sehr viel merkwürdigeren Hintergrund hat. Drei Wochen bevor die Schüsse vor dem Washingtoner Hilton-Hotel fielen, haben mehrere christliche Kirchenämter einen Hinweis erhalten, daß an dem Wochenende vom 13./14. März ein großer Hexensabbat stattfinden soll.

Vor kurzem von dem Hexenglauben Konvertierte haben ausgesagt, daß die Anhänger der okkulten Kräfte in Amerika planten, spezielle Zauber und Flüche auf die Reagan-Regierung zu legen. Einige Tage vor dem Hexensabbat hat Hinckley seine Wohnung in Evergreen, Colorado, verlassen und ist in ein Motel gezogen. Da er kurz davor seine Gitarre und Schreibmaschine ins Pfandhaus gebracht hat, scheint es sicher zu sein, daß eine andere Person seine Auslagen bezahlt hat.

Und eine weitere, höchst interessante Entwicklung. Am 31. März hat Max Robinson von Kanal 25 PBS in dem Gebiet von Akron Canton (Ohio) berichtet, daß Hinckley "jeden Tag vor einer Telefonzelle auf einen Anruf gewartet hat, obwohl ein Telefon in seinem Zimmer vorhanden war." Das deutet klar darauf hin, daß der zukünftige Attentäter tägliche Mitteilungen erhalten hat, die für ihn so belastend sein würden, werden sie zufällig mitgehört, daß er sie in einer öffentlichen Telefonzelle entgegennehmen mußte.

Am 2. April brachte eine Zeitung in Cleveland Beweise dafür, daß die Sicherheitsmaßnahmen um den Präsidenten während seines Erscheinens im Washingtoner Hilton-Hotel drei Tage zuvor erheblich durchbrochen worden waren. Nicht nur, daß dem Publikum erlaubt worden war, ungewöhnlich nahe an dem Ausgang zu stehen, den der Präsident benutzte, sondern es fehlten

auch andere Sicherheitsvorkehrungen.

Edward V. Kelley, ein Freund der beiden Sicherheitsbeamten, die sich auf Hinckley warfen, nachdem er zu schießen anfang, gab eine aufschlußreiche Beobachtung bekannt: "Auf den Dächern befanden sich keine Männer mit Gewehren, wie damals, als Carter hier im letzten Jahr auf dem Konvent war."

### **Einladung zur Ermordung**

Zusammen gesehen sprechen diese Ereignisse für die Wahrscheinlichkeit, daß damit eine "Einladung" zur Ermordung von Präsident Reagan gegeben wurde. Nur durch ein Wunder ist er dem Tod beziehungsweise seiner Beseitigung von der nationalen Bühne entgangen. Zweifellos hat Reagan beträchtliche Kompromisse auf dem Weg ins Weiße Haus schließen müssen. Ohne diese Kompromisse wäre der Sieg unmöglich gewesen.

Im Frühjahr und Sommer 1980, als die öffentliche Meinungsumfragen anzeigten, daß der politische Stern Ronald Reagans am Aufsteigen war, wurde es der "unsichtbaren Regierung" klar, daß das Jahr 1980 sehr wohl ein "Reagan-Jahr" werden könnte. Sofort nach Reagans auffälligem Sieg über ihren eigenen, elitären Kandidaten, George Bush, in den Vorwahlen von New Hampshire, hat das "Eastern Establishment" Schritte unternommen, um die volle Kontrolle über Reagans Wahlkampf und das Management des bevorstehenden republikanischen Konvents zu erlangen.

William Casey, ein Mitglied des von Rockefeller beherrschten Council on Foreign Relations (CFR) - die unsichtbare Regierung - wurde als Reagans Wahlkampfmanager eingeschleust. Von da an lag die gesamte Aktion bei den Liberalen, wenngleich die konservative Wahlpropaganda und Jahrmarktakrobatik an Intensität gewannen.

Casey hat einen höchst interessanten Werdegang. Als ein Schützling von Henry Kissinger hatte er sich als ein so fleißiger und ergiebiger Diener erwiesen, daß man Richard Nixon empfahl, ihn auf den Spitzenposten der Export-Import Bank zu setzen. Als Präsident dieser höchst einflußreichen Organisation gehörte Casey zu den "Denkern", die die Finanzierung für das Kama-Lastwagenprojekt in der Sowjetunion zusammengebastelt haben, das von einmaliger Größe ist. Diese Anlage soll mehr Schwerlasten herstellen als alle US-Konzerne zusammen. Die Lastwagen aus diesem Werk wurden für die Invasion von Afghanistan eingesetzt.

Die Finanzierung des Kama-Projektes ist zu 45 Prozent von der Export-Import Bank bereitgestellt worden - einer amerikanischen Bundesbehörde, das heißt also von den amerikanischen Steuerzahlern. Weitere 45 Prozent hat Rockefellers Chase Manhattan Bank zur Verfügung gestellt. Die Roten haben nur 10 Prozent des benötigten Kapitals aufgebracht.

Der erste handfeste Beweis für den unglaublichen Druck, den die unsichtbare Regierung der Geldmonopolisten auf Ronald Reagan ausübte, wurde auf dem Nationalkonvent der Republikaner in Detroit geliefert, nachdem er mit überwältigender Mehrheit zum Präsidentschaftskandidaten dieser Partei gewählt worden war.

Politik macht merkwürdige Bettgenossen Während seines gesamten Wahlkampfes hatte Reagan seinen Anhängern versichert, er werde für die Vizepräsidentschaft einen Mann als Mitstreiter wählen, der seine konservative Weltanschauung teilen würde. Viele seiner Anhänger glaubten zuversichtlich, er werde entweder Philip Crane oder Jack Kemp als seinen Mitstreiter wählen, da beide tadellose Referenzen als Konservative haben.

Die hochfliegenden Hoffnungen der Delegierten wurden zertrümmert, als Reagan, umgeben von Rockefeller, Kissinger, Ford und anderen Trilateralen und CFR-Manipulanten, beide Männer zurückstieß. Er ging in das Trilaterale Lager hinein und griff sich George Bush heraus.

Bush, der in den Vorwahlen Reagans Wirtschaftsprogramm verächtlich als "Hexereipolitik" beschimpft hatte, hatte wiederholt Strategien befürwortet, die denjenigen Reagans diametral entgegengesetzt waren. Nach seiner Ernennung behauptete Bush aus voller Brust, er nehme



Reagans Standpunkt voll und ganz ein. Die Politik macht merkwürdige Bettgenossen. Allerdings ist die wunderbare Wandlung von Bush leicht zu erklären. Seit Jahren gehört er zu dem "in-Haufen". Er ist ein vertrauenswürdiges Mitglied der Rockefeller-Clique. Ehrlichkeit und Integrität zählen nicht zu ihren Spielregeln. Zu den roten Warnsignalen, die nach der Ernennung von Bush aufblinkten, haben sich am 6. November 1980 heulende Sirenen gestellt, als Reagan die Namen des Übergangssystems bekannt gab, das mit der Vorbereitung seiner Regierungsübernahme am 20. Januar 1981 betraut wurde. Es war voll mit Mitglieder des CFR beziehungsweise der Trilateralen Kommission.

Eine solche Kollektion von Eine-Weltlern konnte nur einen Regierungsapparat aufbauen, der zu ihren Gunsten gezinkt sein würde. Die wirkliche Macht würde "ganz in der Familie" bleiben. Mit der Bekanntgabe der Namen jener, die die verschiedenen Ressorts unter der neuen Regierung leiten würden, kam die Bestätigung dieser Macht. Sämtliche politische Spitzenposten der Reagan Administration liegen in den Händen von Rockefeller-Agenten.

Richard Viguerie, Herausgeber des "Conservativ Digest" hat die Gefühle vieler amerikanischer Patrioten in Worten ausgedrückt: "Es sind dieselben alten Establishment-Republikaner, die Geschäftswelt, das Eastern Establishment. Diese Regierung ist eindeutig keine Regierung der Konservativen. Die Leute, die Ronald Reagan gewählt haben, die 16 Jahre zu ihm gehalten haben, haben einen Faustschlag ins Gesicht erhalten."<<

#### **05.11.1980**

**BRD:** Nach seiner Wiederwahl bildet Bundeskanzler Helmut Schmidt am 5. November 1980 eine Koalitionsregierung aus SPD und FDP.

#### **1980**

**BRD:** Der deutsche Journalist und Schriftsteller Arno Surminski (1934 in Ostpreußen geboren, Ende 1945 vertrieben) berichtet im Jahre 1980 über das Schicksal der deutschen Vertriebenen (x039/72): >>... Warum nicht schweigen? Warum setzen wir uns 35 Jahre danach mit Dingen auseinander, die irreparabel sind, die keinen Toten zum Leben erwecken können? ...

Es hat nichts mit dem Wachhalten eines Revanchegedankens zu tun, auch geht es nicht um die Wahrung irgendwelcher deutschen Rechtspositionen. Nicht einmal zur Aufrechnung mit deutschen Untaten während des 2. Weltkrieges ist die Erinnerung an das Kriegsende 1945 im Osten geeignet.

Letztlich geht es um ein persönliches und ein allgemeingültiges Anliegen. ... Ich habe ein schlechtes Gewissen bei dem Gedanken, daß Hunderttausende, die spurlos verschwunden sind, ohne Postskriptum aus den Listen der Lebenden gestrichen sein sollen. Die zahllosen Menschen, die unbeachtet im Straßengraben verwesen, die irgendwo aus dem Zug geworfen oder in Massengräber gelegt wurden und bis zum Schluß nicht begreifen konnten, was sie verbrochen hatten, sie verdienen es, wenigstens erwähnt und nicht um des lieben Friedens willen vergessen zu werden. ...

Was damals geschah, spielte sich außerhalb der geläufigen Denkkategorien ab. Noch heute stehen die Überlebenden fassungslos davor. Wir dürfen deshalb nicht aufhören zu fragen: Was ist da schiefgegangen. Welche Sicherungen sind damals durchgebrannt? Nur so können wir Dämme errichten, damit dergleichen nicht wieder vorkommt. Über diese Dinge zu sprechen, gehört auch zur Friedensforschung.<<

**Iran:** Der iranisch-irakische Grenzkrieg (1. "Golfkrieg" von 1980-1988) spaltet das arabische Lager und führt zu einer drastischen Reduzierung der Erdölförderung.

**Kamerun:** Der Kameruner Schriftsteller Mongo Beti (1932-2001) schreibt im Jahre 1980 über den Einfluß der französischen Sprache in Afrika (x149/180): >>Die Alleinherrschaft der französischen Sprache (war) gleichsam ein vergifteter Boden, aus dem nichts anderes als Unkraut sproß: die lange Zeit, die das Eindringen in ihre Raffinesse erforderte, hemmte unsere geistige Entwicklung.

Da die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung unvermeidlich oder mit Vorbedacht aus diesem Paradies ausgeschlossen war, kam es zu finsterem Aberglauben, sozialem und politischem Stillstand und zu Enttäuschung.

Weil die Elite, diese Auserwählten, die alle Hindernisse überwunden und ein Diplom erkämpft hatten, so ungeheuer selten waren, wurden sie zu schwächlichen Ziergewächsen, die in das Treibhaus der besonderen Stadtviertel gepflanzt wurden, wo ihre eigene Persönlichkeit verkümmerte. ...<<

**1981**

Weltverbesserer gibt es genug, aber einen Nagel richtig einschlagen können die wenigsten.  
*Henrik Ibsen (1828-1906, norwegischer Dichter)*

**28.01.1981**

**BRD:** Rudolf Mühlfenzl (1919-2000, Chefredakteur des Bayerischen Fernsehens) kritisiert am 28. Januar 1981 die systematische Verdrängung der Vertreibungsverbrechen in Ost-Mitteleuropa (x025/193): >>Es ist unglaublich, daß über die Jahre voller menschlicher Schicksale so lange nicht gesprochen wurde. ...<<

**28.02.1981**

**BRD:** Etwa 100.000 Atomkraftgegner protestieren am 28. Februar 1981 trotz des totalen Demonstrationsverbotes gegen den Bau des Kernkraftwerkes Brokdorf an der Unterelbe.

Bei der "Schlacht um Brokdorf" werden Hunderte von Polizisten und Demonstranten verletzt.

**14.06.1981**

**DDR:** Bei den DDR-Volkskammerwahlen entscheiden sich 99,86 % der Wähler am 14. Juni 1981 für die Einheitsliste. Die Kandidaten dieser Liste sind nicht frei wählbar und die Sitzverteilung der Volkskammer wird bereits vorher festgelegt.

**13.08.1981**

**DDR:** Zum 20. Jahrestag des Berliner Mauerbaues marschieren am 13. August 1981 in Ost-Berlin Truppen zu einem "Kampfappell" auf.

**10.10.1981**

**BRD:** In Bonn demonstrieren am 10. Oktober 1981 etwa 300.000 Menschen für Frieden und Abrüstung.

**14.11.1981**

**BRD:** Rund 100.000 Teilnehmer demonstrieren am 14. November 1981 gegen den geplanten Bau der Startbahn West in Frankfurt am Main.

Am folgenden Tag ereignen sich auf dem Baugelände schwere Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und der Polizei.

**11.12.1981**

**DDR:** Bundeskanzler Schmidt reist am 11. Dezember 1981 in die DDR.

Während des Staatsbesuches (vom 11. bis zum 13.12.1981) verhängt die polnische Regierung das Kriegsrecht (x101/121).